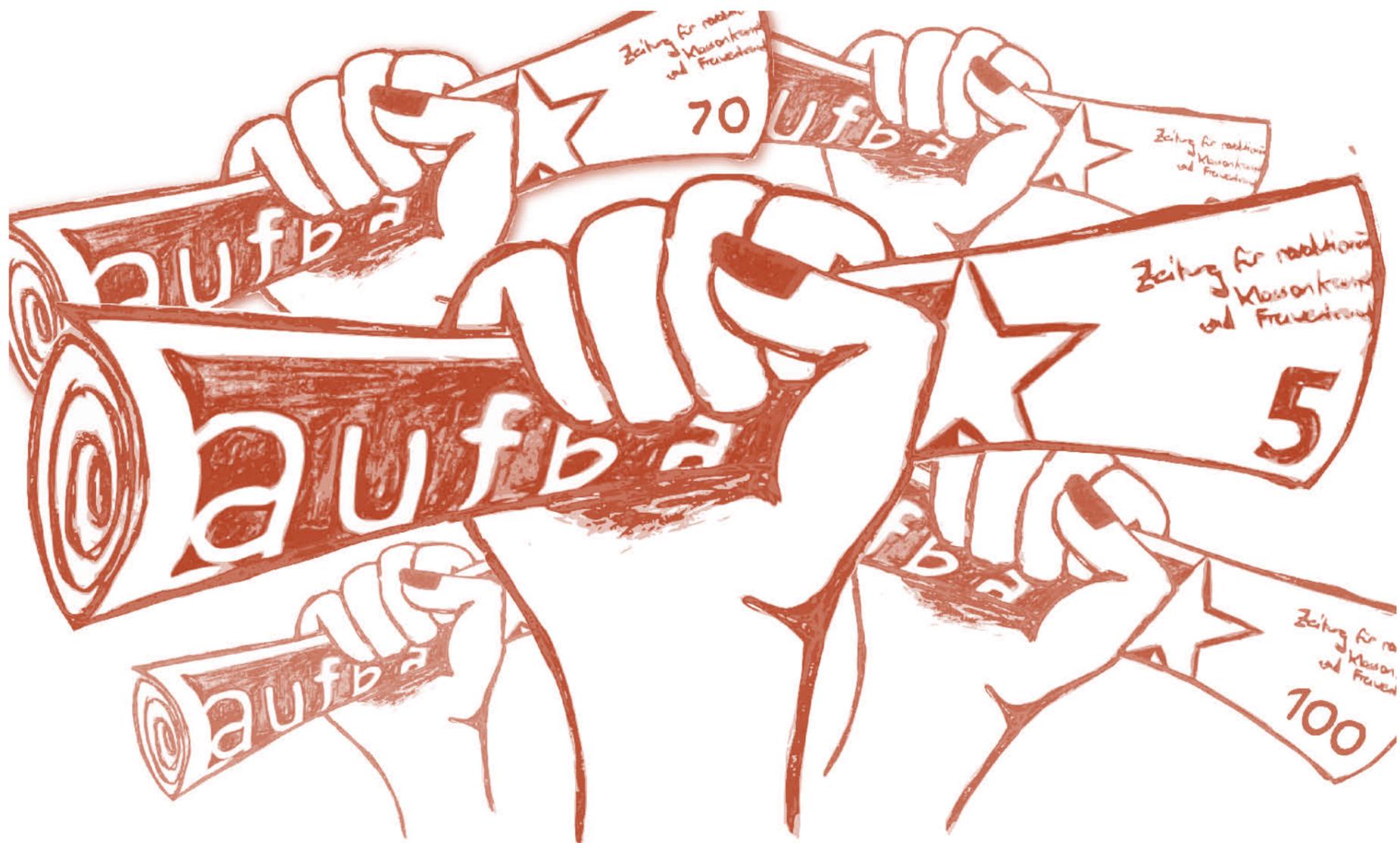




<b>NI UNA MENOS</b> Kampf gegen Femizid	Seite 4
<b>CYBERAKTIVISMUS</b> Hacken im Namen der Revolution	Seite 8
<b>GEGENMACHT</b> Von der Strasse zur Revolution	Seite 9
<b>BOLIVIEN</b> Widerstand gegen Putsch	Seite 15



## MEDIEN

# Was kann eine Zeitung tun und wie können wir revolutionäre Medien machen?

**Wir leben unter einer Sturzflut aus fake news und bürgerlichen Medien. Aber es gibt Möglichkeiten, mit eigenen Medien am Aufbau von Gegenmacht zu arbeiten. Überlegungen nach 100 Ausgaben aufbau.**

(az) «Tun Sie so, als seien Sie Gott.» Das war der Tipp, den ein Redaktor des englischen Wirtschaftsmagazins The Economist einem jungen Kollegen gab, als dieser seinen ersten Artikel schreiben sollte. Gott ist allwissend, sein Bedarf nach Kritik und Selbstkritik hält sich in Grenzen, und er spricht gern in Geboten, das heisst in bullet points, nummeriert von eins bis zehn. Das passt zum Economist, dem ältesten Intelligenzblatt der Kapitalisten: «Du sollst die Steuern für die Reichen senken», «Du sollst nicht zulassen, dass Arbeiter sich zusammenschliessen», und so fort.

Mit 1,4 Millionen Auflage ist der Economist das publizistische Flaggschiff für die weltwirtschaftlichen Aspekte kapitalistischer Klassenmacht. Er hat ein Netz an KorrespondentInnen auf der ganzen Welt, um jedes Ereignis auf dem Radar zu haben, das Auswirkungen auf die globale Ausbeutung haben könnte. Aber das ist nur die eine Seite dieser Zeitung. Die andere heisst Ideologie: immer wieder das Credo von den Segnungen der Konkurrenz und dem Abbau des Sozialstaats herunterbeten und im Bedarfsfall Durchhalteparolen ausgeben. Wenn, wie beim Economist,

die Macht zu den Mächtigen spricht, tut sie es in zwei Stimmlagen: der Informationsprozessor wird ergänzt durch die Mantra-Maschine. So geht Gott spielen, in einer Zeitung komplett von und für Kapitalisten. Wenn das ist, wie Macht funktioniert, wie geht dann Gegenmacht?

### Ausdruck kollektiver Intelligenz

Es geht darum, eine Zeitung zu machen, die genau nicht Gott spielt. Gegenmacht richtet sich organisiert gegen die Macht der Herrschenden, aber sie ist kein plattes Spiegelbild davon. Gegenmacht bedeutet, die Stimmen derjenigen zusammenzubringen, die unter der herrschenden Meinung (die die Meinung der Herrschenden ist) keine Stimme haben. Das Resultat, das im Kampf vom Widerstand gegen die Herrschaft entsteht, geht über das Gegensatzpaar von Herrschaft und Widerstand hinaus. Gegenmacht ist ein Projekt, in dessen Verlauf sich Alternativen aufbauen, sich etwas Neues eröffnet.

Warum? Weil eine Zeitung die Chance bietet, einen Ausdruck kollektiver Intelligenz zu sein. Unsere Beiträge sind ausschnittshaft, sie tun jeweils einen Blickwinkel auf ein konkretes Problem auf. Aber diese Ausschnitte stehen nicht vereinzelt, sondern kommen zusammen, oder anders gesagt: sie reflektieren sich gegenseitig. Und sie sind perspektivisch, d.h. sie sind bewusst gesetzt: die Reflexion

erhellte mehr als ihren unmittelbaren Umkreis.

Wie sich das technisch umsetzt, ist nicht zweitrangig, aber keine Frage, die von vornherein abstrakt gelöst werden kann. Warum teuer, mühsam und langsam auf Papier drucken, wenn man auf dem Netz potenziell die ganze Welt mit Computerzugang erreichen könnte? Weil die Zeitung eben nur als konkretes Moment von Gegenmacht wirksam werden kann. Einfach Artikel schreiben und von Zeit zu Zeit ins Netz stellen, damit verpufft jede Wirkung, auch wenn man sich noch so viel Mühe gibt, die Beiträge per Social Media zu verbreiten. Für eine tagesaktuelle Web-Präsenz wiederum sind revolutionäre Organisationen häufig zu klein und zu schwach. Die kontinuierliche Arbeit einer Redaktion, in der die verschiedenen Interessen zusammenkommen und eine Zeitung, die in einem Zusammenhang steht mit anderen Praxisfeldern – Streiks, Demos, Soli-Aktionen –, das lässt sich am besten umsetzen, wenn Papier und Web sich ergänzen. Worauf dabei das Schwergewicht liegt – ob auf dem Papier oder dem Web –, ist eine Frage, die immer wieder neu und praktisch gestellt werden muss. Für ein solches Projekt einer Zeitung als Ausdruck kollektiver Intelligenz gibt es verschiedene Strategien. Eine davon heisst Gegeninformation.

Fortsetzung auf Seite 7

# Inhalt

- 3 Libyen: Vom «Regime-Change» zum «Failed State»
- 4 Weil Femizide mehr sind als «Beziehungsdelikte»
- 5 Indiens Frauen auf den Strassen
- 6 Radio Widerspruch: Auf Sendung
- 7 Stöbern im Zeitungsarchiv
- 7 Streiks in der privaten „Sozialwirtschaft“
- 8 Hacken im Namen der Revolution
- 9 Vom Kleinen zum Grossen
- 10 Allein machen sie dich ein
- 11 Festhalten am scheinbar Unmöglichen
- 12 Der ökologische Pfeiler der Rojava-Revolution
- 13 EU-Rahmenabkommen: Entsandte Arbeit als Instrument zu neuem Lohndumping
- 14 Adidas Speedfactory
- 15 Putsch bleibt Putsch
- 16 Bewegt inszeniert für die Sache

## POLITISCHE GEFANGENE

### Gefängniskämpfe in Italien

Der Kampf der Häftlinge gegen die Haftbedingungen hat in Italien eine lange Tradition. Seit 1969 begannen sich in den Gefängnissen grosse Aufstände zu entwickeln. Diese Kämpfe waren Teil der proletarischen und revolutionären Kämpfe ausserhalb der Gefängnismauern. Die Kämpfe drinnen und draussen beeinflussten sich gegenseitig und die Verbindung der Kämpfe wurde aktiv gesucht.

Ein Beispiel dafür sind die Kämpfe, die in den Jahren 1979-1980 in den Gefängnissen von Asinara und Nuoro (Sardinien) sowie in Trani (Puglie) ausbrachen, bei denen Genossen die Gefängnisse besetzten und Gefängniswärter als Geiseln nahmen. Der Staat reagierte auf diese Aufstände, indem er die Gefängnisse angriff und mit roher Gewalt gegen die Genossen vorging. In Verbindung mit diesen Aufständen führten die Brigate Rosse und andere Kampforganisationen bewaffnete Aktionen durch, so z.B. die Entführung des nationalen Gefängnisaufsehers Giovanni D'Urso.

Der Staat führte in der Folge spezielle Haftregime ein, wie »Alta Sicurezza« und »41 bis«, die aus verschiedenen Elementen wie Isolation, Postzensur, strengen Besuchsbeschränkungen, etc. bestehen. Diesem maximalen Mass an Repression wurden unter anderem fast 40 revolutionäre GenossenInnen unterworfen. Die zunehmend in die Defensive gedrängte revolutionäre Linke und ihre Gefangenen versuchten eine Antwort auf die schweren Haftbedingungen zu geben. So z.B. die revolutionäre Langzeitgefängene Nadia Lioce, eine Kämpferin der BR-PCC, die 2003 zu drei lebenslangen Haftstrafen im Gefängnis von L'Aquila verurteilt wurde und kontinuierlich dem »41 bis« unterworfen ist. Sie protestierte 2014 gegen ihre Haftbedingungen und siegte in dieser Frage bei einem 2018 durchgeführten Prozess. Auch mit Wandzeitungen, dem Verstoß gegen Vorschriften und Hungerstreiks wehrten sich in den letzten Jahren Gefangene gegen die üblen Haftbedingungen. Es entwickelte sich eine Solidaritätsbewegung, die verschiedene Veranstaltungen, Sitzstreiks, Demonstrationen und direkte Aktionen organisierte. Unterdessen gehen die täglichen Schikanen weiter und erzeugen grosse Unzufriedenheit unter den Gefangenen, die immer wieder in starken Protesten gegen die Wächter und das Gefängnisystem eskaliert.



**Solidarität ist unsere Waffe**

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Revolutionärer Block an der Anti-WEF-Demo in Zürich, 22.1.2020

## Editorial

(red) Der 8.März steht im Zeichen einer Frauenbewegung, die international in den letzten Jahren, auch durch den Frauenstreik, an Stärke gewonnen hat und vielfältiger geworden ist. Es schliessen sich wieder vermehrt Frauen zusammen, um organisiert gegen kapitalistische Unterdrückungsverhältnisse zu kämpfen. Es wird nicht einfach sein, diese Dynamik in dieser Intensität auf Dauer aufrecht zu erhalten. Ein Auf und Ab ist für politische und soziale Bewegungen jedoch nichts Aussergewöhnliches. Entscheidend wird sein, diesen Schwung zu nutzen, um Formen revolutionärer Politik zu stärken, wie zum Beispiel die unbewilligte und selbstbestimmte Frauendemo zum internationalen Frauenkampftag in Zürich. Dies ist ein Ausdruck von Gegenmacht, der vor allem durch die Kontinuität der Organisation und Zusammenarbeit mit unterschiedlichen radikalen Kräften möglich ist. Kontinuität braucht es nicht nur auf der Strasse, sondern sie findet ihren Ausdruck auch in der hundertsten Ausgabe unserer Zeitung und im 10 jährigen Jubiläum der Sendung Widerspruch unserer Sektion Winterthur im Radio Stadtfilter. Die eigenen Medien zu entwickeln und zu stärken gehört zum Aufbau von Gegenmacht dazu.

### Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf Ressourcenknappheit und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!



Versammelte Brandstifter

## IMPERIALISMUS

## Libyen: Vom «Regime-Change» zum «Failed State»

Das nordafrikanische Land am Mittelmeer steht heute beispielhaft für die Folgen imperialistischer Aggressionen. Im Tummelfeld der Widersprüche deutet wenig auf Beruhigung hin.

(gpw) Ob in Afghanistan, dem Irak oder Libyen, es ist stets dasselbe Lied. Mehr oder weniger erfolgreich gelingt der «Regime-Change» durch die gezielte Zersetzung von Innen und die militärische Aggression von Aussen. Mit der oft korrupten und im jeweiligen Land selber kaum verankerten «Opposition» lassen sich danach aber die zuvor zerstörten staatlichen Strukturen nicht wieder aufbauen. Diese Tatsache blieb auch dem am Libyen-Desaster mitverantwortlichen Ex-US-Präsidenten Obama nicht verborgen. So bezeichnet er als grössten Fehler seiner Aussenpolitik, Libyen nach 2011 nicht beim Aufbau eines neuen Staates geholfen zu haben (vgl. aufbau 65). Dieser Gedanke prägt die bürgerlichen Diskussionsrunden bis heute. Nicht der gewaltsame Regierungssturz, nicht die Bomben für die Demokratie und Menschenrechte sind das Problem, sondern die Tatsache, dass dieses kolonialistische Gebaren einfach nicht zum Erfolg führen will.

Neun Jahre nach dem von Frankreich und den USA angeführten NATO-Überfall auf Libyen und dem Sturz von Präsident Ghaddafi ist das Land vollends zu einem Tummelfeld verschiedenster Akteure und ihrer imperialistischen Hintermänner geworden. Die lokalen Kräfte sind kaum mehr in der Lage, einen eigenständigen Prozess zur Gestaltung der Zukunft des Landes voranzutreiben. Sinnbildlich dafür ist die Berliner Libyen-Konferenz im Januar. Am Tisch sitzen die Brandstifter und spielen Feuerwehr, während die beiden massgeblichen libyschen Akteure Chalifa Haftar (General der Libyschen Nationalen Armee - LNA, welche weite Teile des Landes inklusive Erdölvorkommen kontrolliert, aber nicht den nordwestlichen Zipfel inklusive Tripolis) und Fayz Sarradsch (von der UNO anerkannter Premierminister, dessen Kräfte der Regierung der Nationalen Einheit - GNA – eben diesen Zipfel kontrollieren) bestenfalls konsultiert werden, ansonsten aber abseits des Verhandlungstischs zu warten haben.

Wenig erstaunlich, dass die an der Konferenz angekündigte Waffenruhe in Libyen kaum einen Tag hielt, da keiner der Anwesenden auch nur eine Sekunde ernsthaft daran dachte, das Feuer einzudämmen, sondern eher nach Möglichkeiten trachtete, weiteres Öl ins Feuer zu giessen. Ein massgeblicher Konflikt in Libyen dreht sich um eben dieses Öl, was einen Teil der Widersprüche zwischen den ehemaligen Kolonialmächten Frankreich, Italien und Deutschland begründen dürfte. Alle drei Staaten waren oder sind mit eigenen Erdölgesellschaften im Land vertreten, ob nun ENI (IT), TOTAL (F) oder Wintershall (BRD), und wollen sich den Zugriff auf diesen Rohstoff möglichst exklusiv sichern. Mindestens absurd mutet es angesichts dessen an, dass die deutsche Bundesregierung im Umfeld der Berliner Konferenz ihre Legitimität als Vermittlerin durch ihre mangelnden Eigeninteressen im Land erklären wollte - nach Russland und Norwegen ist Libyen drittgrösster Erdöllieferant Deutschlands.

## War for Gas

Als wäre das Erdöl in Libyen selber nicht genügend Grund für innerimperialistischen Zank, wirkt zusätzlich der Konflikt um die Ausbeutung der Erdgasvorkommen vor Zypern auf die Situation ein. Innerhalb der NATO stehen sich hierbei massgeblich Frankreich und Griechenland der Türkei gegenüber. Mittels Vereinbarungen mit dem «Bürgermeister» von Tripolis Sarradsch versucht der türkische Präsident Erdogan den Anspruch der Türkei auf diese Vorkommen zu sichern. Er hat daher grosses Interesse daran, Sarradsch gegenüber Haftar weiter zu stützen. Kurz nach der Berliner Konferenz wurden erste syrische Söldner, notabene IS-Kämpfer, und türkische Truppen nach Libyen verlegt, während die türkischen Waffenlieferungen an Sarradsch gar nie erst eingestellt wurden. Gängige Deutungen reduzieren den türkischen Expansionismus auf grossottomanische Visionen Erdogans. Das dürfte dem dahinterliegenden strategischen Kalkül keinesfalls gerecht werden und verkürzt die Analyse auf Plattitüden. Es ist ein offen angekündigtes Ziel der Türkei, mindestens zu einem gewichtigen regionalen Player aufzusteigen, wobei die faschistische Entwicklung verbunden mit schlechten ökonomischen Verhältnissen im Inland ihr Übriges tun, um diesen Prozess anzutreiben.

Es ist ein Aufstiegsversuch, der nicht ohne regionale Bündnispartner geht: Lange hat die AKP Bündnisse mit den Muslimbrüdern gepflegt, die heute Teil der Allianz von Sarradsch sind. Die Haltung gegenüber diesen ist eine weitere Demarkationslinien in der Frage, wer weshalb Sarradsch oder eben Haftar unterstützt. Denn Haftar, der lange unter Ghaddafi diente, danach in die USA floh und lange Zeit nach seiner Rückkehr nach Libyen als Mann der Vereinigten Staaten galt, gilt als Laizist, welcher den Einfluss des politischen Islams in Libyen bekämpft. Die massive politische und militärische Unterstützung, die er aus Ägypten, Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten erhält, gilt in diesem Konfliktfeld direkt der Bekämpfung der Muslimbrüder und damit indirekt der Bekämpfung des Aufstiegsversuchs der Türkei.

Angesichts des Regime-Change-Fiaskos treibt die Europäische Union als Ganze in der sog. «Flüchtlingsfrage» pragmatisch ihre Zusammenarbeit mit den verschiedenen in Libyen agierenden Milizen als Teil des Ausbaus der Festung Europa in Nordafrika bis zur Sahelzone voran. Humanitäre oder gar moralische Prinzipien sind in dieser Frage keinesfalls zu erwarten. Deutsche Diplomaten berichteten im Juli 2019 von «KZ-ähnlichen Verhältnissen» in den Flüchtlingslagern, zahlreiche Berichte belegen, wie in Libyen der Sklavenhandel floriert. Brüssel mag darob öffentlich die Nase rümpfen, mit ihren militärischen Auslandsoperationen sind die dort vertretenen Staaten aber letztlich für das Ausmass der Barbarei mitverantwortlich, während sie die Verwaltung derselben im Rahmen der Frontex- und Sophia-Operationen organisieren und sichern.

## UNVERÖFFENTLICHTE NACHRICHTEN

### WEF: Feuer bei Philipp Hildebrand

Zur Eröffnung des World Economic Forum in Davos sind wir zum Wohnsitz von Philipp Hildebrand (Goldhaldenstrasse 46, Zollikon) und haben Feuer an seiner Gartenhecke gelegt. Wir greifen Hildebrand aus zweierlei hauptsächlichen Gründen auf: Erstens ist er ein hochrangiges Mitglied der Führung von Blackrock, dem weltgrössten privaten Vermögensverwalter und langjährigen strategischen Partner des WEF. Blackrock verwaltet mehr als 6 Billionen US-Dollar - das sind 6 Tausend Milliarden oder 6 Millionen Millionen US-Dollar, welche Blackrock profitträchtig zu investieren sucht. Zweitens ist Hildebrand ein Beispiel für die enge Verflechtung zwischen Politik und Kapital, die den Kapitalismus kennzeichnet und als eine Art Schmiermittel die Rädchen des Profits schneller drehen lässt.

Beginnen wir mit Hildebrand, der im Gegensatz zu den Figuren, welche in den kommenden Tagen die Schlagzeilen über das WEF beherrschen werden, wohl eher ein Schattendasein fristet und fristen wird. Seine Geschichte ist aber beispielhaft für die personelle Verzahnung von Politik und Kapital und die Bedeutung seiner Person ist nicht zu unterschätzen. [...]

Kehren wir zurück zu Blackrock und versuchen wir, Licht in ihr Wirken zu bringen. Mit dem kaum vorstellbaren Volumen von Vermögen, welches Blackrock verwaltet, ist dieses Unternehmen immer an der vordersten Spitze mit dabei, wenn das Kapital neue Profitmöglichkeiten sucht und schafft. Es ist einer der zentralen imperialistischen Player, repräsentiert gewaltige Summen Finanzkapital verbunden mit massiven Einflussmöglichkeiten in der Industrie. Der Einfluss dieses Unternehmens mag nicht immer auf den ersten Blick ersichtlich sein, weil es nicht immer unmittelbar erkennbar eigenständig agiert, sondern oftmals vermittelt durch Investitionen in tausende andere Unternehmen. Es ist aber gerade durch die enge Verzahnung zwischen Blackrock und den Konzernen, in die sie investieren, und den entsprechenden gegenseitigen Abhängigkeiten, die so geschaffen werden, worüber Blackrock wirkt. Es ist in sehr, sehr vielen Fällen so, dass Blackrock mitprofitiert, wenn irgendwo ein Quäntchen mehr Mehrwert herausgepresst wird oder Extraprofit erbeutet werden kann, und zugleich hat Blackrock selbstredend jeweils ein eigenständiges Interesse daran, bessere Ausbeutungsbedingungen zu schaffen, unter welchen die Konzerne, in die Blackrock investiert hat, dann mehr Profit machen können. Ein wechselseitiges Tandem von gemeinsamen und eigenständigen Interessen auf der Suche nach Profit.

Trotz dieser vermeintlichen Komplexität, mit der Blackrock wirkt, wird immer wieder dann ein Schlaglicht auf sie geworfen, wenn ihre Machenschaften zum Gegenstand einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung werden wie etwa in der Rüstungsindustrie oder in der Ausbeutung der Natur. Alleine unter der Sparte «Aerospace and Defense» eines ihrer vielen Fonds hält Blackrock offen deklarierte Investitionen von fast 6 Milliarden Dollar in der Rüstungsindustrie. Viele weitere Investitionen, die angesichts der Summe des insgesamt verwalteten Vermögens beträchtlich höher liegen dürften, bleiben im Dickicht der Finanzinstrumente neugierigen Augen verborgen. Ihre Investitionen in diesem Bereich sind stark konzentriert in Firmen der US-Rüstungsindustrie wie Boeing, Lockheed Martin, Northrop Grumman oder Raytheon. Jedes Mal, wenn in den USA die Kriegstrommeln geschlagen werden, steigen die Aktienkurse dieser Firmen an. Gerade jüngst etwa, als Trump den iranischen General Soleimani mittels Drohnenanschlag völkerrechtswidrig ermorden liess und sich zwischenzeitlich eine weitere kriegerische Eskalation im Mittleren Osten abzeichnete. Krieg ist für diese Unternehmen - und damit auch für Blackrock - nicht nur Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, sondern lukratives Geschäft. Die Kassen klingeln in den Hochglanzbüros, wenn anderorts Menschen für die Interessen und Profite der Herrschenden mit ihren hochtechnologisierten Waffen massakriert werden. [...]

**Den Bonzen kein ruhiges Hinterland - Smash WEF!**

<https://brrkd.info/article/3106>



«Der Vergewaltiger bist du!»



«Die Frauen sind immer an der Front.»



Politische Strassenkunst in Chile

## NI UNA MENOS

# Weil Femizide mehr sind als «Beziehungsdelikte»

**Aus Südamerika schwappt eine Bewegung über den Globus, welche das Schweigen zu Femiziden bricht, Täter und patriarchale Machtverhältnisse benennt und den Betroffenen eine Stimme gibt: Ni una menos.**

(agf) Gewalt an Frauen hat viele Gesichter: Sei es Genitalverstümmelung, Ehrenmorde, Säureangriffe, sexualisierte Übergriffe, psychischer oder physischer Missbrauch, Folter, Zwangsprostitution, Zwangsheirat, häusliche Gewalt oder die gezielte Tötung weiblicher Föten. Weltweit haben viele Gesellschaften lange genug zu geschlechterspezifischer Gewalt geschwiegen. Deren Endform, die Tötung von Frauen und Mädchen, wurde vertuscht, verschwiegen, verharmlost und der strukturelle Charakter nicht anerkannt.

Ni und menos, nicht eine weniger, lautet der Slogan einer Bewegung, welche sich nun Gehör verschafft und sich lautstark, militant und unablässig gegen Frauenmorde, sexualisierte und häusliche Gewalt sowie deren Verharmlosung in Medien, Gesellschaft und Politik zur Wehr setzt. Die Aktionsformen sind dabei sehr divers und reichen von Flashmobs zu Blockaden, Massendemonstrationen oder Performances.

### «Nicht eine Tote mehr»

«Ni una menos» leitet sich aus einem Gedicht der mexikanischen Dichterin und Aktivistin Susana Chavez ab. Sie prägte im Protest gegen die steigende Zahl an Femiziden in Ciudad Juárez den Satz «Ni una muerta mas» was so viel bedeutet wie «nicht eine Tote mehr». Die Dichterin selbst wurde 2011 ermordet und der Satz letztendlich auch dadurch zum Symbol des Widerstandes.

Ihren Ursprung als politische Bewegung hat ni una menos in Argentinien. Von dort breitete sich die Bewegung, die sich selbst als «kollektiver Aufschrei gegen machistoide Gewalt» bezeichnet, quer durch Lateinamerika aus. 2016 organisierte die Gruppierung den ersten Massenprotest, um auf die Vergewaltigung und den brutalen Mord an der 16-jährigen Lucía Perez in Mar del Plata aufmerksam zu machen. Der genannte Fall ist an Grausamkeit kaum zu überbieten – sie wurde gepfählt –, er ist jedoch kein Einzelfall. Die Proteste dagegen führten zu weiteren Demonstrationen in Peru, Bolivien, Chile und weiteren Ländern Süd- und Zentralamerikas.

Als ni una menos als Bewegung am International Women's Strike vom 8. März 2017 in Washington teilnahm, wurde die Bewegung auch in der westlichen Welt bekannt und zum Symbol eines dringend nötigen, un-nachgiebigen Frauenkampfes.

### (K)ein Mord unter vielen

Doch warum braucht es eine Bewegung wie ni una menos? Ist der Fokus auf die geschlechtlich definierte Opfergruppe notwendig? Die Antwort ist ja, denn Femizid ist mehr als nur der Mord an ein paar Frauen.

Gewalt an Frauen existiert quer durch alle sozialen Milieus hindurch und auch wenn sich die Formen unterscheiden, ist es ein Phänomen, welches Frauen jeden Alters betrifft. In der Schweiz berichten zahlreiche Frauen, in einer professionellen Einrichtung bereits Opfer von Missbrauch und Gewalt geworden zu sein. Auch im häuslichen Kontext tritt sexualisierte Gewalt bei Mädchen deutlich häufiger auf als bei Jungen. Sogenannte Ehrenmorde gelten fast ausschliesslich Frauen und Mädchen.

Femizid ist deswegen nicht einfach der Mord an einer Frau, Femizid ist der grausame Ausdruck eines gesellschaftlichen Geschlechterverhältnisses, in welchem die Frau als Eigentum des Mannes betrachtet wird. Diese strukturellen patriarchalen Machtverhältnisse bestehen weltweit weiterhin fort. In vielen Ländern ist das grösste Gesundheitsrisiko für Frauen und Mädchen immer noch Gewalt durch einen Mann und nicht Hunger, nicht Krankheiten, nicht Unfälle, sondern gezielte Gewalttaten und Morde, sexualisierte Übergriffe, physische und psychische Ausbeutung. Keine Frau sollte um das Recht kämpfen müssen, frei von physischem oder psychischem Schaden leben zu dürfen – oder für das Leben überhaupt. Aber Gewalt gegenüber Frauen ist von Russland bis nach Argentinien ein epidemisches Phänomen, welches den geltenden patriarchalen Gesellschaftsstrukturen im herrschenden System innewohnt und dem nicht einfach durch eine härtere Gesetzgebung entgegengewirkt werden kann. Diese Gewaltverhältnisse betreffen auch LGBTIQ\* (Lesben, Gays, Bisexuelle, Transmenschen, Intersexuelle, Queers). Jedes Jahr werden rund um den Globus Tausende Menschen wegen ihrer sexuellen und geschlechtlichen «Abweichungen» geschlagen, belästigt, vergewaltigt, gefoltert, eingesperrt oder umgebracht.

Ni una menos muss sich nun als Bewegung etablieren, reproduzieren und dabei versuchen, nicht von parlamentarischen Kräften eingenommen und missbraucht zu werden, denn auch mit dem Thema Frauenmord lässt sich gut bürgerliche Politik machen. Doch solange das System, welches patriarchale Machtverhältnisse täglich reproduziert, nicht im Kern angegriffen wird, und Täter ungeschoren oder mit kleinen Strafen davonkommen, wird sich kaum etwas ändern.

### Oft der (Ex-)Partner

In Deutschland starben seit 2015 jährlich zwischen 300 und 450 Frauen durch das, was auf Wikipedia «partnerschaftliche Gewalt» genannt wird. In Argentinien wird alle 32 Stunden eine Frau durch einen Mann ermordet. Täglich werden schätzungsweise 12 Frauen in Südamerika Opfer von Femiziden. In Afghanistan wird an Frauen, die über ihre Vergewaltigung sprechen, oftmals Ehrenmord verübt. In Indien wurden zwischen 2007 und 2009 über 8000 sogenannte Mitgiftmorde an Ehefrauen gemeldet, die Dunkelziffer mag ein Mehrfaches davon betragen. In Italien wird alle drei Tage eine Frau ermordet.

Politik und Medien finden nur selten eine akkurate Sprache, dass überhaupt von Femiziden gesprochen wird ist eine neue Entwicklung, die vor allem auf den stetigen Druck der aktuellen Frauenbewegungen und das fortlaufende Anprangern dieser Umstände durch die Aktivistinnen zurückzuführen ist. Gewalt an Frauen und Femizide sind keine Beziehungskonflikte, keine Tötungen aus Leidenschaft und erst recht keine Liebesdramen. Wer diese Sprache wählt, lenkt vom Kern der Sache ab: Männer töten gezielt Frauen und ein Grossteil dieser Taten passiert im familiären Kontext, durch den Vater, den Partner, oder den Expartner. Aus einer WHO Studie lässt sich erkennen, dass weltweit 35% der Morde an Frauen durch einen intimen Partner verübt wurden, die WHO spricht in diesem Fall von «intimen Femiziden».

### Laufende und vergangene Beziehungen sind für Frauen oftmals lebensgefährlich.

In der Schweiz wird durchschnittlich alle zwei Wochen ein Femizid verübt. Seit 2009 wurden hierzulande schätzungsweise 186 Frauen durch häusliche Gewalt getötet. Der Helvetiaplatz in Zürich wurde im vergangenen Jahr von der «Ni una menos» Gruppierung in Zürich zum «ni una menos» Platz umbenannt. Wird eine Frau in der Schweiz ermordet, finden sich nun jeweils kurze Zeit später Aktivistinnen auf dem Platz ein, um ihr zu gedenken und den oftmals namenlosen «Müttern» «Schwestern» oder «Partnerinnen» aus der Tagespresse ein Gesicht zu geben und der Öffentlichkeit aufzuzeigen wer es war, die hier zu einem weiteren Opfer patriarchaler Gewalt wurde: Eine Frau wie du und ich.

## Im Bild

Mit verbundenen Augen und der zurückgewonnenen Macht über den eigenen Körper gegen die tödliche Hand des Machismo: Die in Santiago de Chile am Tag gegen Gewalt an Frauen, dem 25. November 2019 aufgeführte Performance bringt Frauen rund um den Globus auf die Strasse. Mit «Un violador en tu camino» setzen sie ein starkes Zeichen gegen Gewalt an Frauen, Femiziden und sexualisierte Übergriffe. Die Message ist so simple wie einprägsam: Der Aufschrei «Der Vergewaltiger auf deinem Weg», frei übersetzt zu «Der Vergewaltiger bist du», simultan der Fingerzeig nach vorne: Nicht die Opfer sind schuld, nicht deren Kleidung oder Aufenthaltsort, sondern die Polizei, der Staat, die Richter und eben «du», der Täter.

## INDIEN

# Indiens Frauen auf den Strassen

Die hindu-faschistische Regierung von Narendra Modi bastelt an einem neuen Indien. Doch für einmal geht die Rechnung nicht auf. Gegen das Ende 2019 erlassene Staatsbürgerschaftsrecht gehen Millionen auf die Strassen. Frauen spielen dabei eine führende Rolle.

(az) Ende 2019 erliess die indische Regierung den «Citizenship Amendment Act» (CAA), der nicht-muslimischen MigrantInnen eine erleichterte indische Staatsbürgerschaft ermöglicht. Zudem plant die Regierung ein neues nationales Bevölkerungsregister. Diese Änderungen erscheinen auf den ersten Blick nicht sonderlich brisant, doch sie haben es in sich. Mit dem CAA wird die Religionszugehörigkeit erstmals zum zentralen Kriterium indischer Staatsbürgerschaft. Davon betroffen sind die Minderheiten, insbesondere die bereits heute mit alltäglichem Rassismus kämpfende muslimische Bevölkerung, die zusätzliche, gesetzlich verankerte Diskriminierung fürchtet.

Auf die muslimische Bevölkerung zielt auch das neue Bevölkerungsregister. Die regierende hindu-faschistische BJP versprach unlängst, dass ein Register dabei helfen soll, bis 2024 «jeden einzelnen Infiltrator in Indien zu identifizieren und ihn auszuweisen». «InfiltratorInnen» sind in der Gedankenwelt des Hindu-Faschismus vor allem muslimische Flüchtlinge, die seit Jahrzehnten in den Grenzgebieten leben. Diese fürchten sich deswegen besonders davor, dass Indien zum hinduistischen Staat umgebaut werden soll, weil sie ihren bisherigen Aufenthaltsstatus verlieren, während andere Bevölkerungsgruppen von einer erleichterten Staatsbürgerschaft profitieren.

Modis neue Gesetze haben seit Dezember zu den grössten Protesten seit seinem Machtantritt von 2014 geführt. Dies liegt nicht nur an den Gesetzen selbst und dem Zusammenfallen mit anderen Protesten – im Januar 2020 erfolgte der bisher grösste Generalstreik –, sondern mindestens ebenso sehr am Verhalten der Regierung und ihrer Schergen. Wie üblich haben die Polizei und mit ihr die hindu-faschistischen Milizen erst einmal mit Gewalt auf die aufkommenden Proteste reagiert. Am 5. Januar griffen beispielsweise 50 maskierte und bewaffnete Milizen das Gelände der Jawaharlal Nehru University in Delhi an, ein linkes Epizentrum des Protestes. Vergleichbare Vorfälle ereigneten sich an zahlreichen anderen Orten. Doch entgegen der Erfahrung der vergangenen Jahre war der folgende öffentliche Aufschrei für einmal gross. So führten die Angriffe nicht zu einer Einschüchterung, sondern im Gegenteil zu einer stärkeren Mobilisierung, die weiter anhält.



Demo in Kalkutta am 19.12.2019.

### Die Rolle der Frauen

Eine Gruppe indischer AktivistInnen versuchte zu Beginn des Jahres statistisch alle Widerstandsmomente gegen den CAA zu erfassen, in denen Frauen im letzten Monat eine führende Rolle einnahmen. Sie kamen auf 230 grössere Strassenereignisse wie Demos, Streiks oder Aktionen, in denen Frauen den Widerstand anführten oder zumindest zahlenmässig den teilnehmenden Männern überlegen waren. Dies ist auch für indische Verhältnisse eine grosse Zahl, der mehrere Ursachen zugrunde liegen. So sind die Frauen von den neuen Gesetzen stärker betroffen als die Männer: Die Chance ist bei ihnen um einiges höher, dass sie keine Papiere besitzen und somit das neue Bevölkerungsregister dadurch für sie zum Problem wird. Zudem fürchten sich Frauen stärker vor den Konsequenzen der drohenden Papier- und Rechtlosigkeit, da sie dies in der patriarchalen indischen Gesellschaft noch stärker an den Rand drängen würde, sei es weil sie als staatenlose noch rechtloser werden, oder weil sie ihre eigene Sicherheit in den von der Regierung angekündigten neuen

Internierungslager gefährdet ist.

Andererseits hat sich in den vergangenen Jahren wie an verschiedenen anderen Orten dieser Welt auch in Indien eine neue und starke Frauenbewegung konstituiert, deren heterogene Kämpfe sich gegenwärtig im Widerstand gegen Modi vereinen. Ein Grund hierfür liegt in der Überwindung bisheriger Gräben. Der Kampf gegen den alltäglichen Sexismus und die Machokultur war zwar in den vergangenen Jahren oft an die Kritik des patriarchalen Charakters des Hindu-Faschismus geknüpft, allerdings ohne dadurch eine Spaltungen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen hervorzurufen. Das Hervorheben des Gemeinsamen über dem Trennende wiederholt sich im Widerstand gegen das CAA, und dies durchaus bildkräftig. So gingen in den letzten Wochen zahlreiche Bilder und Videos viral, in denen sich hinduistische und muslimische Frauen gemeinsam gegen die Polizeigewalt wehrten, was wiederum andere Personen ermutigte, sich ebenfalls dem Protest anzuschliessen. Ob dies reicht, um das neue Staatsbürgerschaftsrecht zu Fall zu bringen, wird sich zeigen.

Fortsetzung von Seite 1

Wir leben in der Zeit von fake news. Die manipulierende Realitätsverdrehung, die mit Fälschungen arbeitet, ist vielleicht die unverhohlene Gott-Spielerei der Mächtigen, indem sie die Realität schlicht umschreibt. Trump und die Erdölbranche angesichts des Klimawandels sind deutliche Beispiele. Was dabei manchmal vergessen geht, ist, dass die bürgerlichen Qualitätsmedien durchaus auch mal lügen, wenn es drauf ankommt. Dass es heute FaschistInnen sind, die von der «Lügenpresse» reden, ist ein reales Problem – dass nämlich Faschos heute weitaus stärker den bürgerlichen Medienkonsens angreifen, als Linke das im Moment können –, heisst aber nicht, dass die bürgerlichen Medien nicht lügen. Ja, noch mehr: dass die bürgerlichen Medien stets Ideologie verbreiten, das heisst, eine Sicht auf die Welt, die die herrschende Ordnung stützt, indem sie sich als die einzig wahre und mögliche ausgibt.

Gegeninformation berichtet mit Fachkenntnissen über Zusammenhänge, die uns sonst unter den Tisch fallen. Der Coreos de las Américas, der auf Deutsch über die Lage in Lateinamerika berichtet oder Labournet, die Online-Plattform zu Arbeitskämpfen, sind Medien der Gegeninformation, in der ein spezialisiertes Wissen zum Tragen kommt.

Gegeninformation kann verschiedene Formen haben – als gedruckte Zeitung verteilt, als Podcast, als Web-Plattform, oder, wie der «Internationalistische Monatsrückblick» in Winterthur, als zusammengeschnittene Filmschau, für die die Leute zusammenkommen, um sie sich anzusehen. Gegeninformation ist Aufklärung und Selbstaufklärung, eine nötige Grundlage für die Kämpfe. Aber sie ist ein Element von vielen.

Vorstellungskraft für die Selbstbefreiung

Es geht nicht nur darum, die Realität abzubilden, sondern darüber hinaus zu weisen. Wir brauchen Elemente, die unsere Vorstellungskraft erweitern, weil wir uns mit der Realität nicht abfinden. Hier geht es um Geschichten, die Mut machen und Möglichkeiten aufzeigen. Es geht um eine dialektische Fantasie, die die Realität nicht leugnet, aber zugleich die Aufklärung, wie sie Gegeninformation bietet, überschreitet. So etwas machen RevolutionärInnen auf der ganzen Welt, von der Zeit der ersten Druckerpressen bis zu den GIFs und memes von heute. Eine der frühesten kommunistischen Zeitungen hiess Die junge Generation, kam eine Weile lang aus Zürich und hatte eine Rubrik, die «Scenen vom Kriegsschauplatz» hiess. Sie wurde von Handwerkergelesen rund um den deutschen Schneider Wilhelm Weitling herausgegeben. Der Kriegsschauplatz, das war für Weitling und seine Genossen der Klassenkampf. In der Rubrik «Scenen vom Kriegsschauplatz» wurden dramatische Storys abgedruckt – wenn nicht erfunden, dann sicher ausgeschmückt –, wie die Geschichte einer englischen Bande, die in Frauenkleidern ein Zollbüro voller Passpapiere niederbrannte, oder eines schwangeren Dienstmädchens, das sich zusammen

mit einem Meisterdieb an einem reichen Lüstling rächte.

«Ab jetzt herrscht eine neue Zeit in dieser Stadt!»

Solche Geschichten sind wichtig für eine Politik der proletarischen Selbstbefreiung. Sie kursieren überall, zum Beispiel in den USA zur Zeit der Sklaverei: Etwa die Geschichte von Guinea Sam Nightingale, einem Heiler und Aufständischen. Guinea Sam Nightingale wurde von einer Kanone aus Westafrika geschossen, flog über den Atlantik, landete in Boonville, Missouri, einem Zentrum der Sklaverei, und verkündete: «ab jetzt herrscht eine neue Zeit in dieser Stadt.»<sup>1</sup> Ehemalige SklavInnen erinnerten später daran, dass der amerikanische Bürgerkrieg – eine Revolution gegen die Sklaverei und die Lohnknechtschaft gleichermaßen – durch Auführer wie Nightingale ins Rollen gebracht worden sei. Hier verband sich Science Fiction und Kriegstechnik (eine menschliche Kanonenkugel über die Kontinente hinweg) mit einem handfesten revolutionären Programm, nämlich dass die SklavInnen sich selbst befreien müssen.

Wenn kollektive Intelligenz in einem Zeitungsprojekt zum Ausdruck kommt, kann sie daran arbeiten, Wahrheiten aufzudecken, die von den Herrschenden unter dem Deckel gehalten werden. Und sie kann durch Kreativität helfen, mit Geschichten – mit realen und solchen aus der Vorstellungskraft – die Realität des Kapitalismus inakzeptabel zu machen. Denn: Die, die ihre Lage erkannt hat, wie soll die aufzuhalten sein?

Das Allgemeine über das Besondere anpacken

Aber die Lage erkennen und sich aufmachen, sie zu verändern, sind trotzdem zwei Dinge. Eine Strategie, die russische RevolutionärInnen verfolgt haben, um diese zwei Dinge zusammenzubringen, ist die Zeitung als Organisator.<sup>2</sup> Lenin verglich die Zeitung mit einem Gerüst «um ein im Bau befindliches Gebäude»; das Gebäude war die Organisation. Das Gerüst erleichtert die Arbeit am kollektiven Projekt, in vielerlei Hinsicht ist es das kollektive Projekt. Die Zeitung hat einen Nutzen im Kampf – sie ermöglicht es, mit Teilen der Klasse ins Gespräch zu kommen. Ein Beispiel aus der aufbau-Zeitung ist das Interview mit einer Sexarbeiterin – nicht mit einer Sozialarbeiterin oder einer Soziologin, sondern mit einer Frau, die aus ihrem Blickwinkel und ihren eigenen Interessen heraus Auskunft gibt. Hinzu kommt: Die Berichte über die Momente, in denen sich etwas bewegt, unterstützen dann wieder die Kämpfe. Man kann Kontakte knüpfen. Und manchmal können die Berichte nach aussen wirken. In der aufbau-Zeitung sind Beispiele die Berichte über die Streiks der S-Bahnlokkführer in Berlin, die Kämpfe gegen die Sparmassnahmen der Stadt Zürich oder gegen die Erhöhung des Rentenalters. Wenn es klappt – und häufig klappt es auch nicht –, kann der Konstruktionscharakter der Zeitung dazu beitragen, dass die Vielfalt von Erfahrung und Hintergründen, die in einer Organisation da sind, zum Ausdruck kommen. Erst Organisation ermöglicht einen



Plakat zur 50ten Ausgabe der Aufbauzeitung.

konkreten Ausdruck der Vielfalt der kämpfenden Klasse. Das geschieht ganz besonders dann, und leider zu selten, wenn Themen, an denen das Politische nicht von vornherein sichtbar ist, überraschend politisch behandelt werden. Durch die verschiedenen Ausschnitte auf die Gesellschaft, die sie aufmacht, erledigt die Zeitung das Allgemeine im Besonderen. Die Zeitung ist kein Theorieorgan, sie behandelt allgemeine Probleme – Aufbau von Gegenmacht, Kommunismus – von konkreten Kämpfen her. Das ist eine Perspektive, die sich eben nicht als Gott ausgibt, die nicht allwissend ist, aber unsere kollektive Intelligenz nutzt, um am Aufbau von Gegenmacht zu arbeiten.

RADIO

# Radio Widerspruch: Auf Sendung

Die Radiosendung «Widerspruch» des Revolutionären Aufbaus Winterthur wurde eben 10 Jahre alt. Über die Perspektive des revolutionären Radios.

(raw) Zum Start unserer Sendung auf Stadtfilter, einem UNIKOM-Radio, ähnlich dem LoRa, gab es Bedenken, ob unser Format nicht zu tendenziös, zu «linksextrem» sei. Wir wurden vorerst nur als Gäste ins Radiostudio eingeladen, weil man um die «journalistische Ausgewogenheit» bangte. Anscheinend haben wir überzeugt und ein Publikum gefunden, denn seit 10 Jahren machen wir ein unabhängiges Radioprogramm für den Stadtfilter, in welchem wir unsere Inhalte liefern können. Dabei steht für uns die Diskussion der Tages- und Weltgeschehen aus einer proletarischen Perspektive im Zentrum. Denn dies sind die Themen, bei denen bereits Meinungen vorhanden sind. Hier schaffen wir mit dem Widerspruch nicht nur ein Gegenstandspunkt, sondern können durch Recherche auf linke Projekte und weitere revolutionäre Medienschaffende verweisen und deren Analysen weiterverarbeiten. Dabei gelingt es immer wieder erstaunlicherweise gut, in den sogenannten «heiklen» Fragen wie diejenige um die revolutionäre Gewalt die bürgerliche Interpretationen zu brechen. Wir erweitern den Raum für Meldungen, welche oft wenig Beachtung finden.

Wir wissen nicht, wie viele Hörerinnen und Hörer unsere Sendung hat. Doch diese Frage stellt sich unserer Meinung nach tatsächlich nicht zwingend. Vielmehr halten wir seit 10 Jahren an der Produktion dieser Sendung fest, weil sie zum einen ein Teil unseres Konzeptes zur Gegenmacht entspricht. Denn man kann die Aneignung der

Medien mit der marxistischen Aneignung der Produktionsmittel vergleichen, wie dies Hans Magnus Enzensberger in seinem Text Baukasten zu einer Theorie der Medien (1970) proklamiert. Er sieht einerseits in den elektronischen Medien eine mobilisierende Kraft schlummern, andererseits erlauben sie seiner Meinung nach die Verteilung von Informationen als Güter über materielle Grenzen hinweg, was als eine Chance für soziale Gleichberechtigung gedeutet wird. Anders als andere sieht Enzensberger die Medien, insbesondere technisierte, elektronische Medien als nicht vorstrukturierend: Das heisst, die Kritik an der Verschränkung zwischen Medien, Macht und Gesellschaft soll nicht auf den Charakter des Mediums abzielen, sondern vielmehr darauf, wie die medialen Strukturen verteilt sind, sprich, wer befähigt ist, darauf zu zugreifen oder sie zu produzieren. So wäre die Lösung nach Enzensberger nicht die Ablehnung von Medien – eine Haltung der Linken, wie er in seinem Text an mehreren Stellen kritisiert – sondern eine Umnutzung der medialen Mittel, was schlussendlich auch eine Umstrukturierung der Machtgefüge innerhalb einer Gesellschaft begünstigen würde. Enzensberger geht also von einer, dem Träger der Medien inhärenten Neutralität aus, so dass man diese umformen, aneignen und neu deuten kann. Kurzum propagiert Enzensberger damit: Don't hate the media – become the media!

Unabhängig davon, ob man glaubt, dass technische Mittel eine Neutralität haben oder nicht – eine Frage, die man auch bei der politischen Nutzung von Social Media zu Haufe diskutieren könnte – ergibt sich für uns noch eine weitere Funktion durchs Radiomachen: Wir steuern

damit auch einen inneren Prozess der inhaltlichen Auseinandersetzung und Politisierung zum aktuellen Tagesgeschehen. Und wir verfügen durch das Radio über ein Gefäss, welches uns als Kollektiv zusammenarbeiten lässt.



Sendung zum zehnjährigen Bestehen



24 Jahre, 100 Nummern: Vielfalt und Einheitlichkeit.

100 AUSGABEN AUFBAUZEITUNG

# Stöbern im Zeitungsarchiv

Es ist interessant, in den alten aufbau-Zeitungen zu stöbern. Was lief 1996? Welche Themen waren aktuell? Was hat sich verändert, was ist gleich geblieben? Ein zufälliger Rundgang durchs Zeitungsarchiv ohne wissenschaftlichen Anspruch.

(rabs) «Une seule solution: Révolution» steht auf dem Kartonschild, dass die Frauen an einer Demonstration vor sich hintragen. Es ist das Foto auf dem Titelbild der allerersten Ausgabe des aufbau. Es ist ziemlich verpixelt, dass das 24 Jahre her ist, zeigen auch die Frisuren, die eher an die 80er-Jahre erinnern. Es ist wohl ein Bild von einer Demo gegen den Stellenabbau in der Basler chemischen Industrie. Es war die Zeit der Massenentlassungen auf Grund von Auslagerungen ins Ausland. Die Dimensionen sind beträchtlich: «1994 streicht Roche 5000 Stellen, davon mindestens 350 in Basel. Bei Sandoz sind es 650. Im Januar 1995 doppelt die Roche mit dem Abbau von weiteren 100 Arbeitsplätzen nach und im Herbst 1995 kündigt die Ciba die Streichung von 650 Arbeitsplätzen an. Kauer, Verwaltungsratspräsident der Ciba, will bis ins Jahr 2000 weitere 5000 Stellen vernichten.» Auch wenn die Gewerkschaft (damals noch die Gewerkschaft Bau und Industrie, vor der Fusion zur Unia) für ihre lasche Haltung gegenüber der Industrie kritisiert wird, mobilisieren konnten sie offenbar noch: 3500 ArbeiterInnen kamen zur Demo im Januar 1996 in Basel. «Die Darbietung der GBI-Führung war dann allerdings ein jämmerliches Schauspiel.» Gewisse Dinge ändern sich leider nicht.

In aufbau Nr. 2 (Mai 1996) sind dann die Folgen zu beobachten: «Ciba und Sandoz fusionieren, 15000 Arbeitsplätze werden vernichtet, davon 3600 in Basel.»

Gleich blieb auch die Präsenz des 1. Mails: Unter dem Titel «Wer hat Angst vor dem 1. Mai?» (aufbau Nr. 3, August 1996) wird die Taktik der «präventiven Konterrevolution» analysiert. Auch die bürgerlichen Medien bekommen immer wieder ihr Fett ab, Desinformation hiess damals jedoch noch nicht «Fake News». In aufbau Nr. 22 (Mai 2001) treffen wir wieder auf den selben Titel über dem 1. Mai-Artikel. Die Angst scheint noch nicht verflogen zu sein. Und: «Das 1. Mai-Komitee paktiert mit den Bullen». Na so was.

## Da war doch was

Ein Streifzug durchs aufbau-Archiv ruft uns auch vieles wieder in Erinnerung, das wir vergessen oder noch nicht aktiv mitbekommen hatten: Beispielsweise die Rolle der UCK im Jugoslawienkrieg, die in den bürgerlichen Medien mindestens verharmlost, zum Teil schöngeredet wurde. Wie wir es auch heute in den Stellvertreterkriegen z.B. in Libyen oder im Nahen Osten sehen, glaubte auch schon vor 19 Jahren (aufbau Nr. 22, Mai 2001) «niemand [...] ernsthaft, mit der durch die Nato-Bombardamente erzwungenen militärischen Besetzung des Kosovo sei man einem Frieden auf dem Balkan auch nur einen Schritt näher gekommen.»

Und dann war da Genua, ein Städtenamen, der auch von jungen GenossInnen immer noch mit den G8-Protesten 2001 und dem Tod Carlo Giulianis in Verbindung gebracht wird. In der Nummer 23 des aufbau lesen wir einen Reisebericht. Entsolidarisierungen unter den politischen AktivistInnen, beispielsweise der «tute bianche» gegenüber dem «schwarzen Block» – man hätte sich da wohl die Parole gewünscht, die heute an Klimademos benutzt wird: «Weisse Weste, schwarzer Block: Scheissegal, wir haben Bock». Auf der anderen Seite ist die beschriebene Solidarisierung der BewohnerInnen eindrücklich, die die Demonstrierenden mit Wasser versorgten. Und immer wieder die unglaubliche, organisierte Bullengewalt.

Im Jahr 2003 überfiel die US-Armee unter Führung von George W. Bush den Irak um den nicht mehr genehmen Saddam Hussein zu stürzen: «Ein mit einer beispiellosen Medienkampagne vorbereiteter Krieg», schrieb der aufbau (Nr. 29, März 2003) kurz vor dem effektiven Kriegsbeginn. In den folgenden Nummern schreiben wir über den Widerstand gegen den Krieg: in Europa (aufbau Nr. 30, Mai 2003) und im Irak selber (aufbau Nr. 31, Sept. 2003). Die Antikriegsbewegung, die während dem Irakkrieg sehr stark war und viele Menschen politisierte und prägte, war dann beim Nato-Angriff gegen Libyen praktisch inexistent (aufbau Nr. 65, Mai 2011). Auch dies – wie der Irak – ein Konflikt, der weiterhin aktuell ist (vgl. S. 3).

## Biologische Erkenntnisse

Beim Durchblättern der Zeitungen fallen Artikel auf, bei denen es nicht um aktuelle Ereignisse oder politische Einschätzungen geht. In einem Artikel der ersten Ausgabe erfahren wir, wie bei einer Spinnenart, einer «Abart der Schwarzen Witwe, [...] das Thema der patriarchalen Strukturen auf eindrückliche und nicht minder wirkungsvolle Weise angegangen» wird: Noch während des Geschlechtsakts frisst das Weibchen das Männchen auf. Aus biologischen Realitäten werden mit viel Humor parallelen zur menschlichen Gesellschaft gezogen, wobei die naturkundliche Erklärung nicht zu kurz kommt.

In Zürich gingen übrigens «am 8. März [1996], dem internationalen Frauentag ca. 700 Frauen auf die Strasse. Angeführt vom Fronttransparent «Frauenbefreiung fordert Revolution – alles andere ist Illusion» führte die unbewilligte Demo begleitet von kämpferischen Parolen und entschlossener Stimmung vom Limmatplatz zum Hirschenplatz. Begleitet wurde sie von einem aggressiv aufgerüsteten Bullenaufgebot» (aufbau Nr. 2, Mai 1996). Im kurzen Artikel wird bedauert, «dass nicht explizit zu einer Frauendemo aufgerufen wurde.» «Denn obwohl wir natürlich die Solidarität von Männern mit dem Frauenkampf begrüssen, können auch proletarische Männer unseren Kampf nicht führen.» Die Diskussion ist noch nicht zu Ende, aber vielleicht sind die Männer in ihrem «Bewusstseinsprozess» etwas weiter, der beinhaltet, «als Männer in allen Bereichen – auch den eigenen – patriarchale Strukturen und Mechanismen zu bekämpfen, um gleichberechtigte, kollektive Schritte entwickeln zu können?»

Die Tagesereignisse ändern sich, die Haltungen und Einschätzungen, die in den Artikeln zum Vorschein kommen, gleichen sich. Damals wie heute: Der Desinformation entgegenzutreten, aber auch Kämpfe zu dokumentieren, ist ein wichtiger Grund, linke Medien zu unterstützen.

**Im Zeitungsarchiv kann im Aufbauzentrum (Kanongasse 35 (im Hinterhaus, Eisentreppe), 8004 Zürich, offen jeden Samstag, 12:00-17:00 und Bläsiring 86, Basel, Öffnungszeiten auf Anfrage: basel@aufbau.org) oder im Schweizerischen Sozialarchiv (Stadelhoferstrasse 12, Zürich) gestöbert werden.**

## ÖSTERREICH

# Streiks in der privaten «Sozialwirtschaft»

**Streikfreigabe im privaten Sozial- und Gesundheitssektor! Die Mobilisierung der Sorge-ArbeiterInnen in der privaten sogenannten Sozialwirtschaft zeigt die Folgen eines privatisierten Service Public, aber auch die Widerstandsmöglichkeiten.**

(az) Die Politik der Sparmassnahmen, Privatisierung und Auslagerung hat im Sozial- und Gesundheitsbereich eine ganze private Sozialindustrie entstehen lassen. Und wer bei einer privaten Trägerschaft in der Kinderbetreuung, Sozialarbeit oder Pflege arbeitet, weiss, dass diese Auslagerung staatlicher Dienste zum Nachteil der Sorge-ArbeiterInnen und der NutzerInnen wird. In der Schweiz fällt es den Gewerkschaften schwer, diese Bereiche zu organisieren. Und Bestrebungen um allgemeinverbindliche Gesamtarbeitsverträge – wie sie zum Beispiel die Trotzphase für die KITAS in Zürich fordert – sind noch in den Kinderschuhen.

In Österreich haben sich die Unternehmer dieses privaten Sozial- und Gesundheitsbereichs, der oft aus privaten Trägerschaften besteht, schon länger zum Verband «Sozialwirtschaft Österreich» (SWÖ) zusammengeschlossen, um ihre Interessen gegenüber dem Staat und gegenüber den Sorge-ArbeiterInnen in Stellung zu bringen. Wie das aussieht, wenn diese Bosse, welche sich natürlich einen gemeinnützigen und sozialen Anstrich geben, beim Staat um Aufträge buhlen, lässt sich leicht errahnen. In

öffentlichen Papieren an die Regierung bewirbt die SWÖ ihre privaten Anbieter als kostengünstige, durch Gratisarbeit und Spenden finanzierte Alternativen zum staatlichen Service Public. Der unternehmerische Geist einer privaten Sozialwirtschaft gebietet es also vom Sozialabbau zu profitieren. Und logischerweise übersetzt die SWÖ das billige Angebot an den Staat direkt in die Forderung nach billigen Sorge-Arbeitskräften.

## Wenn die beide SozialpartnerInnen in einer Partei hocken

Doch einiges deutet darauf hin, dass die Sorge-ArbeiterInnen das Abwälzen des Spardrucks dieses Jahr nicht einfach so hinnehmen. Die SWÖ verhandelt nämlich jährlich über einen Kollektivvertrag (KV) mit der Gewerkschaft der Privatangestellten (GPA) und der Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft (vida). Dabei handelt es sich um das, was wir in der Schweiz unter einem allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrag verstehen. Und in den Vertragsverhandlungen 2018 zeigte die Gewerkschaftsbasis durch starken Widerstand, dass sie die Schnauze voll haben. Damals wurden beide „SozialpartnerInnen“ ziemlich überrascht von den teilweise selbstorganisierten und breit mobilisierungsfähigen Streikbewegungen von unten. So führten ganze 40% der 100'000 Personen, die dem

Kollektivvertrag unterstehen, Warnstreiks und öffentlich sichtbare Mobilisierungen durch. Die SWÖ konnte sich damals jedoch gegen die Forderung einer Lohnerhöhung von 6 % und gegen die Arbeitszeitverkürzung von 38 auf 35 Stunden durchsetzen. Die GPA-Gewerkschaftsführung liess sich offenbar auf geheime separate Gespräche hinter dem Rücken der offiziellen Verhandlungsdelegationen mit dem SWÖ ein und forcierte damit ein Einlenken auf einen faulen Kompromiss. Dem Druck für diesen Kompromiss dürfte die GPA-Führung nachgekommen sein, weil – wie auch hier im Sozialbereich – letztlich sowohl die Bosse der SWÖ als auch der Gewerkschaften der Sozialdemokratischen Partei angehören und diese auf Regierungsebene den Sozialabbau aktiv mitverantworten. Eine Lehre, die wir auch aus der Schweiz z.B. in Bezug auf die Einführung der Fallkostenpauschale kennen.

Wie weit sich bei den Sorge-ArbeiterInnen die Wut über die prekären Arbeitsbedingungen an diese Erfahrung der letzten Jahre koppelt, dass sie auf die eigenen Kräfte vertrauen und Streiks in die eigenen Hände nehmen müssen, wird sich aktuell zeigen. Denn die Vertragsverhandlungen zum KV 2020 für die Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden sind bisher gescheitert und die Gewerkschaften haben die Streikfreigabe gegeben.

HACKING

# Hacken im Namen der Revolution

Im November 2019 machte Phineas Fisher den Diebstahl interner Daten der Cayman National Bank bekannt. Das Communiqué zur Aktion ist zugleich ein Plädoyer für eine neue, feministische HackerInnenkultur.

(az) «Be Gay, Do Crimes», so lautet eine der vielen Parolen, die sich im BekennerInnenschreiben von Phineas Fisher zu ihrem jüngsten Datendiebstahl findet. Dies erstaunt, sind HackerInnen in der öffentlichen Wahrnehmung doch nicht gerade für ihre queeren Inhalte bekannt. Ganz anders Phineas, die sich auch auf Rojava, die zapatistische Bewegung oder die Klimabewegung beruft. Phineas Fisher ist natürlich kein richtiger Name, sondern das Pseudonym eines Kollektivs, das sich aus einer Neuzusammensetzung ergibt: «Phishing» (das «Angeln» persönlicher Daten) und «FinFisher», der Name einer staatlich verwendeten Spionagesoftware, deren Hersteller Phineas 2014 hackte. Und dieses Kollektiv hat in den letzten Jahren einiges an Arbeit geleistet.

## Hacking als politische Aktion

Bekannt wurde Phineas vor allem mit dem 2015 erfolgten Hack von Hacking Team, einem italienischen Hersteller von Überwachungssoftware, bei dem unter anderem auch die Kantonspolizei Zürich einen Einkauf tätigte. Phineas veröffentlichte gut 40 Gigabyte interne Daten, die unter anderem aufzeigten, wie Hacking Team mit autoritären Staaten und Geheimdiensten zusammenarbeitet. Der Angriff auf Hacking Team zielte aber nicht nur auf die Aktivitäten der Firma, sondern auch auf deren politisches Verständnis. Die veröffentlichten Mails zeigten beispielsweise, wie der Firmenchef von Hacking Team seine Nachrichten jeweils mit einem faschistischen Gruss unterschrieb. Entsprechend sah Phineas ihre Tat auch als antifaschistische Aktivität, und setzte sie in die Tradition anderer politischer Arbeit: Explizit widmete sie ihren ersten grossen Hack den Opfern der Polizeigewalt der Armando Diaz Schule von Genua 2001.

Später kamen weitere politische Hacks hinzu, beispielsweise der 2016 erfolgte Angriff auf interne Daten der türkischen AKP aus dem gut 100 Gigabyte Daten nach Rojava übergeben wurden, darunter wichtige Mails. Im gleichen Jahr hackte Phineas die Website der katalanischen Polizeigewerkschaft und veröffentlichte persönliche Daten. Drei Jahren später folgte dann der Angriff auf die Cayman National Bank, aus der gut 600.000 interne E-Mails und Dokumente veröffentlicht wurden.

## Queer und feministisch

Die verschiedenen Angriffe zeigen, wie eng Phineas mit der sozialen Bewegungen und ihren Themenfeldern verbunden ist, und wie sie die Hacks als Teil eines aktiven Internationalismus versteht. Stärker als in früheren Berichten widmet sich Phineas in ihrem zuerst auf Spanisch verfassten Schreiben zur Cayman National Bank auch feministischen und queeren Theorien. Sie verweist beispielsweise auf bell hooks und Assata Shakur oder empfiehlt Silvia Federicis «Caliban und die Hexe». Erstmals definiert sich Phineas auch explizit über ihre weibliche Identität und einen heute verbreiteten feministischen Selbstpflege-Diskurs. Sie charakterisiert sich als «Mädchen, durch das Internet aufgezogen»<sup>1</sup>. Früh litt sie unter Depressionen und Gefühlskälte. Mit dem Hacking entdeckte sie eine Methode zur Selbstheilung, die sie auch anderen empfiehlt, denn: «You deserve to live happy, healthy, and fully.» («Du verdienst es, glücklich, gesund und erfüllt zu leben.») Daneben finden sich Bezüge zu queeren Theorien und Bewegungen. «Hack Back», der Titel des veröffentlichten Schreibens, steht beispielsweise im Bezug zu «Bash Back!», einem queeren anarchistischen Netzwerk in den USA. Und Phineas zitiert aus queer-insurrektionalistischen Texten der «Mary Nardini Gang».

## «A DIY guide to robbing banks»

Bei ihrem Angriff auf die Cayman National Bank wurde auch Geld erbeutet. Bankraube seien immer sozial akzep-

tiert gewesen, «zumindest in der ArbeiterInnenklasse», wie Phineas in ihrem Schreiben mit einer Portion Klassenbewusstsein anfügt. Eigentlich wären sie heute leichter denn je durchzuführen, zumindest bringen sie weniger Risiko und Gewalt mit sich. Allerdings geschehen sie gegenwärtig fast immer aus Grund der Selbstbereicherung und nicht mit linken Motiven. Phineas will dies ändern. Ihren beiden Schreiben zum Angriff auf Hacking Team und auf die Cayman Nation Bank enthalten DIY-Anleitungen, wie man es ihr gleichtun kann. Entgegen der allgemeinen Vorstellung sei Hacking nämlich nicht an ein grosses Vorwissen und Expertise geknüpft. Natürlich müsse man gewisse Sicherheitsaspekte beherrschen und auch ein wenig Programmierkenntnisse sollten vorhanden sein, ab dann sei es aber vor allem ein spielerisches Aneignen von Wissen und Erfahrung, das sich jede/r zu eigen machen könne. Den autonomen Lernansatz versucht Phineas durch Anreize zu erhöhen. So hat sie in ihrem Bekennerschreiben zum Diebstahl der Cayman National Bank eine Kopfgeld von bis zu 100'000 Dollar (ausbezahlt in Bitcoins) für weitere vergleichbare Diebstähle und Leaks ausgeschrieben. Dabei geht es nicht um den monetären Gewinn, sondern um die Möglichkeit, längerfristig Lebenskosten zu sichern. Wer also in den kommenden Jahren nichts zu tun hat, hat hiermit eine neue Aufgabe erhalten.

1) In der englischen Übersetzung ihres Manifest wird der weibliche Hintergrund weniger deutlich, da «niña» aus dem Original fälschlicherweise mit «kid» und nicht mit «girl» übersetzt wird.



ASCII-Kunst im Schreiben von Phineas Fisher,

GESCHICHTE

# Der Kampf um Sichtbarkeit

In der öffentlichen Wahrnehmung besitzen weibliche Hackerinnen wie Phineas Fisher Seltenheit. Der Blick auf eine New Yorker Computergruppe der 70er Jahre zeigt, dass dies auch mit der Konjunktur politischer Bewegungen zu tun hat.

(az) Die HackerInnenkultur lässt sich auf zwei Ursprungsmomente zurückführen, die beide in den 70er Jahren und damit in der Epoche der ersten Personal Computers datiert sind. Erstens war die damalige Computerindustrie ein kreatives Feld, in dem auch unkonventionell arbeitende oder sich als Teil der Gegenkultur verstehende Menschen erfolgreich sein konnten. Die einen ersannen theoretisch neue Möglichkeiten, und die anderen entwickelten spielerisch neue Programme. Populärkulturell bezeichnete man die Personen auf Seite der Praktiker als «HackerInnen», die die neue Computerwelt durch ihren Experimentierdrang vorantrieben. Zweitens erlebten die «Phone Phreaker» und «Phone Freaks» zu Beginn der 70er Jahre ihren Höhepunkt. PhreakerInnen, das waren vornehmlich junge, ebenfalls oft mit der Gegenkultur verbundene Menschen, die Signaltöne manipulierten, um gratis telefonieren zu können. Mit der Expansion der Computertechnologie begannen sich PhreakerInnen gleichzeitig als «computer hacks» zu verstehen, die nicht nur das Telekommunikationsnetz überlisten, sondern auch in Computersysteme eindringen konnten. Obwohl illegal, wurden solche Hacks und die gratis geführten Telefone positiv aufgenommen. Erst in den 80er Jahren verband man in der öffentlichen Wahrnehmung Hacking mit Computerkriminalität, während die HackerInnen sich selbst von der sich am Ende befindenden Gegenkultur lösten und eine eigene Ästhetik zu entwickeln begannen, die in Anlehnung an die aufkom-

mende Cyberpunk-Begeisterung düsterer und männlicher daherkam.

## Politische Computerkultur der 70er Jahre

Auch die Phone Phreaker waren in der öffentlichen Wahrnehmung fast immer Männer, doch im Unterschied zur späteren HackerInnenkultur standen sie der politischen Widerstandsbewegung näher. Und in dieser gab es auch verschiedene Technikkollektive, in denen Frauen eine wichtige Rolle einnahmen. Ein Beispiel hierfür ist die in New York ansässigen Gruppe Computer People for Peace (CPP). Das kleine, allerdings im ganzen Land gut vernetzte und bis etwa 1973 bestehende Kollektiv aus Anti-Kriegs-AktivistInnen publizierte seit 1969 einen alle paar Monate erscheinenden Newsletter. Abseits dessen versuchte man ProgrammiererInnen, DatenanalytikerInnen und weitere damit verwandte Angestellte zu einer Art Basisgewerkschaft zusammenzuschliessen oder sie zumindest für Anti-Kriegs Proteste und vergleichbare Aktivitäten zu gewinnen. Während der betriebliche Aspekt relativ erfolglos blieb, war das Kollektiv anderweitig wichtiger Teil der New Yorker Widerstandsbewegung. Beispielsweise sammelte man Gelder für die Panther 21, eine Gruppe angeklagter Black Panther Mitglieder – diese Unterstützungsleistung findet in der Autobiographie von Assata Shakur im mehrmaligen Verweis auf die Arbeit der „computer people“ lobend Anerkennung.

## Vergessene feministische Arbeit

Die Geschichte der CPP ist an dieser Stelle deshalb interessant, weil sich deren Mitglieder sehr früh über

geschlechterspezifische Aspekte und Diskriminierungen innerhalb der Computertechnologie und -kultur bewusst waren, und aktiv deren Ende förderten. Auf einen Brief an die CPP, der mit der (durchaus üblichen) Anrede «Dear Sirs» begann, reagierte man beispielsweise mit einem bissigen Kommentar: «CPP is not a ‚Sir‘. We hope readers will observe this and use non-sexist salutations.» («CPP ist kein ‚Sir‘. Wir hoffen, dass die LeserInnen dies bemerken und [künftig] nicht-sexistische Begrüßungen verwenden.») Dass die LeserInnen scheinbar nicht immer erkannten, dass das Redaktionskollektiv geschlechtlich durchmischt war und dass Führungspersonen des Kollektivs Frauen waren, verstand man als strukturelles Problem, das nur durch seine Politisierung behoben werden konnte. So räumte die CPP in ihrem Newsletter beispielsweise Frauenfragen einen festen Platz ein. Es ist nicht so, dass damit das strukturelle Ungleichgewicht in der frühen Computerkultur überwunden wurde, die Politisierung führte allerdings dennoch zu einem doppelten Unterschied im Vergleich zu späteren Jahren: Erstens wurden die in der Computertechnologie seit je her wirkenden Frauen sichtbarer gemacht. Zweitens wurde das Problem aktiv benannt. Beides ging mit dem Ende der politischen Bewegung der 70er Jahre verloren und erhielt sowohl in der Selbst- als auch in der Fremdwahrnehmung der späteren HackerInnenkultur – trotz stets aktiver Frauen darin – viel weniger Bedeutung. Allerdings nicht für immer. Gerade HackerInnen wie Phineas Fisher, die wieder stärker mit der politischen Widerstandsbewegung verbunden sind, bringen das zwischenzeitlich verloren gegangene Bewusstsein um Geschlechterfragen in die HackerInnenkultur zurück.



Wandkunst der Bewegung in Chile.

## AUFBAUPROZESS

# Vom Kleinen zum Grossen

**Der Kapitalismus präsentiert sich heute als alternativlos. Doch wo es Bewegung auf den Strassen gibt, ist der Aufbau von Gegenmacht nicht weit und die Organisierung im Kleinen eröffnet die Möglichkeit zur Veränderung des grossen Ganzen.**

(agkkzh) Nach der umfassenden Krise der revolutionären Linken in den Metropolen, des kontinuierlichen Verlustes des revolutionären Charakters der Befreiungskämpfe im Trikont in den 80er Jahren und auch nach dem Ende der Sowjetunion 1989 ging es zuallererst darum, an der kommunistischen Alternative zum Kapitalismus festzuhalten. Trotz umfassenden Veränderungen blieben fundamentale politische Koordinaten für uns bestehen. Die aktuelle aggressive imperialistische Neuaufteilung der Welt und die reaktionären Lösungsversuche gesellschaftlicher Widersprüche durch die Herrschenden in den letzten Jahren, hat diese Auffassung bestätigt.

Auch wenn uns nach der Restauration des Kapitalismus, die in diesem Ausmass nie erwartet wurde, das theoretische Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung noch fehlt, scheint eines klar zu sein: Der Übergang vom Imperialismus zum Sozialismus wird, nach dem Stand unserer historischen und aktuellen Erkenntnis, vermutlich eine Frage von mehreren Anläufen sein.

Wir haben die Grundursachen von Verflachung, Dogmatisierung, reformistischer Integrationsbereitschaft und kapitalistischer Restauration nicht nur ausserhalb, in der schwierigen objektiven Situation, sondern auch innerhalb der revolutionären Bewegung, bei den KommunistInnen selbst gesucht. Innerhalb der revolutionären Positionen gibt es keine einseitigen Rechts-Links-Bilder, sondern Bewegungssituationen, in denen sich objektiv vorhandene Widersprüche jeweils in diese oder jene Richtung, zur Revolution oder zu reformistischen Lösungen entwickeln können. Politische Entscheidungen sind immer in diese oder jene Richtung möglich. Der Geschichtsprozess ist in seinem Ablauf eben nicht linear determiniert, vorbestimmt und ununterbrochen seinem Ziel zustrebend.

Was von den historisch gewachsenen Erfahrungen in veränderter Form jeweils weiterleben soll, kann nur konkret durch die eigene revolutionäre Praxis und der daraus erwachsenden Neubestimmung des revolutionären Prozesses festgelegt werden. Die Basis dieser Neubestimmung ist die Erkenntnis aus der Geschichte der revolutionären Bewegung, wonach das revolutionäre Subjekt, und damit unsere einzelnen Handlungen, keine automatische, quasi ursprüngliche, immer gegebene Kraft ist, sondern dass vielmehr eine im Geschichtsprozess immer wieder von neuen zu konstituierende Kraft darstellt.

Unbestritten ist jedoch der Bruch mit der Vorstellung von reinem Widerstand. Es geht um die Machteroberung der arbeitenden Klasse – ArbeiterInnen, Angestellte, Arbeitslose, Studierende, SchülerInnen, ReproduktionsarbeiterInnen.

### **Befreiten Gebiete - rote Zonen - Unterstützungsbasen - Revolutionäre Gegenmacht**

Wir kennen sie, die Befreiten Gebiete, rote Zonen und Unterstützungsbasen, alles Gebiete, in denen konkrete Formen von revolutionärer Gegenmacht aufgebaut wird, allerdings unter völlig anderen geographischen und politischen Bedingungen als sie hier vorzufinden sind. Sie dienen als Basis für den weiteren Verlauf des Kampfes und als

Modell einer kommunistischen Gesellschaft. Ist es daher nicht vermessen sich hier und heute an diesem Revolutionskonzept zu orientieren? Die Keimzellen von revolutionärer Gegenmacht sind nicht an territoriale Kontrolle gebunden. Wer eine revolutionäre Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zum Ziel hat, kommt um die zentrale Frage, wie revolutionäre Gegenmacht erkämpft werden kann, nicht herum. Natürlich auch in der gegebenen gesellschaftlichen Situation, hier und heute, auch wenn dies nur im ganz Kleinen stattfinden kann. Vom Kleinen zum Grossen.

Revolutionäre Propaganda in den verschiedensten Formen, die die Missstände des Kapitalismus aufzeigt, reicht nicht aus, um den revolutionären Prozess konkret zu gestalten. Freilich bleibt dies unerreicht, wenn die Frage der revolutionären Macht mit dem Verweis auf die dunklen Seiten der Geschichte tabuisiert und ignoriert wird. Die Auseinandersetzung darüber, wie historisch-emanzipative, positive Gegenmacht entwickelt werden kann, ist die beste Methode, Machtmissbrauch zu vermeiden.

Revolutionäre Propaganda, revolutionäre Intervention, kann aber die Keimzelle von revolutionärer Gegenmacht sein, wenn sie als Teil eines umfassenden Ganzen verstanden wird. Im Kern von revolutionärer Gegenmacht liegt die Erkenntnis, dass die tagtäglichen Interventionen und Klassenkämpfe sich zu einer politischen Substanz anhäufen müssen, sollen sie denn langfristige Wirkungsmacht entfalten. Nach diesem Verständnis vom subversiv-revolutionären Prozess gilt es einen politischen Raum – der letztlich auch zu einem territorialen Raum führen soll – aufzubauen, der dem Zugriff der anderen Seite entzogen ist. Das kann bedeuten, dass die vielfältigen Formen der Propaganda kollektives und selbstbestimmtes Handeln ermöglichen, sich eine eigene Ästhetik ausbilden; das kann bedeuten, dass die Organisierung weitere operative Möglichkeiten eröffnet und materielle Möglichkeiten vergrössert; das kann bedeuten, dass die Militanz auf der Strasse das Gewaltmonopol des Staates bricht; das kann bedeuten, dass Schulung unsere theoretischen Kompetenzen erhöht; das kann bedeuten, dass im Kollektiv emanzipative Werte die alten bürgerlichen ersetzen, usw. In ihrem Zusammenhang und als Eckpunkte von strategischen Überlegungen sind das Ansätze von einem revolutionären Machtfaktor.

Die Entwicklung dieser Vorstellungen lässt sich nicht auf einen intellektuellen Prozess im Kopf reduzieren. Die Realität sieht anders aus. Revolutionäre Politik bricht dann auseinander, wenn die Formen tote Abstraktionen sind, in ihnen keine Handlungen sichtbar sind. Die Form hat eben die Aufgabe, ein reales, physisches Verhältnis zu den Inhalten auszubilden und zu entwickeln. Das Wesen des revolutionären Prozesses soll konkret fassbar gemacht werden: seinen revolutionären, emanzipativen Charakter, den Bruch mit dem kapitalistischen System, also die Infragestellung des bürgerlichen Macht- und Gewaltmonopols. Welche Formen Gegenmacht annehmen kann, entwickelt sich also in einem lebendigen, vielfältigen Austausch mit den realen Bedingungen in denen wir kämpfen, der kognitiv und emotional stattfindet.

### **Wo liegen die Wurzeln der revolutionären Gegenmacht?**

Mit dem politisch-organisatorischen Vorschlag des Revolutionären Aufbaus haben wir ein altes Konzept der

kommunistischen Bewegung in aktueller Form wieder aufgenommen. Der Aufbau der eigenen Seite stand schon immer im Zentrum des revolutionären Prozesses. Je nach historischer objektiver und subjektiver Lage waren seine Schwerpunkte und damit der Verlauf des Aufbaus proletarischer Organisierung verschiedene. Die Grundidee und ihre Prinzipien aber haben sich nicht verändert. Sich zu organisieren ist ein Grundpfeiler von revolutionärer Gegenmacht.

«Vor allem unterscheidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, daß er die Bewegung durch keine bestimmte Kampfesform bindet. Er anerkennt die verschiedensten Formen des Kampfes, wobei er sie nicht ‚erdenkt‘, sondern nur verallgemeinert, organisiert und jenen Formen des Kampfes der revolutionären Klassen, die im Gange der Bewegung von selbst entstehen, eine bewußte Form verleiht.» Das Zitat von Lenin verdeutlicht, wo die Wurzeln revolutionärer Gegenmacht gefunden werden, im Klassenkampf auf der Strasse, und wie sie von den RevolutionärInnen weiter entwickelt werden.

Die Besetzung von öffentlichem Territorium, Demos und Kundgebungen, revolutionäre Präsenz auf der Strasse mittels Plakatierung und Beschriftung der Mauern usw. soll der Stadt ein revolutionäres Gepräge aufdrücken - als Kontrast zur bürgerlichen Normalität. Eine demonstrative Wirkung auf ‚Freund‘ und ‚Feind‘: die Herrschaft des Kapitalismus wird hier in Frage gestellt und für eine revolutionäre Alternative gekämpft. Wie wir wissen kommt diese Botschaft an. Von diesen Initiativen geht eine Wirkung aus, die über alle verbalen Äusserungen gegen den Kapitalismus hinaus reichen. An seine Stelle tritt zwar noch keine eigene Machtposition, doch vermitteln diese Kampfformen Bewusstsein über die eigene Kraft.

Die unmittelbare physische und symbolische Ausdrucksweise der Massen durch kollektive Handlungen gehört zu den wichtigsten Wurzeln der Infragestellung des herrschenden Machtmonopols. In einer Epoche, in der fast alle revolutionären Traditionen zerrissen sind und eine politisch fundamentale Veränderung kaum vorstellbar ist, ist der Kampf um und auf der Strasse mit seiner Unmittelbarkeit ausserordentlich wichtig. Auf der Strasse lernen die Massen, sich dem Kampf mit Staat und Kapital zu stellen. Nicht nur die Ausnutzung der legalen Möglichkeiten, sondern auch die Entfaltung Kämpfe, die den Rahmen der bürgerlichen Legalität sprengen.

Der Kampf auf der Strasse ist Ausdrucksform von revolutionärer Massenkommunikation ohne Vermittlung durch technische Hilfsmittel - die zudem meistens in den Händen der Herrschenden liegen - und daher durch seine Unmittelbarkeit für revolutionäre Politik besonders wertvoll. Denn indem die Einzelnen, im Kollektiv aktiv handelnd, in den politischen Prozess eingreifen, zerschlagen sie die herrschende politisch-soziale Kohäsion, nämlich die Verhältnisse passiv beobachtend hinzunehmen. Sie lösen sich aus ihrer Isolation und überwinden ihre Machtlosigkeit/Handlungsunfähigkeit. Die Praxis des Revolutionären Aufbaus fusst- und zielt zugleich auf diese politischen Möglichkeiten.



Performance in der UdSSR 1924.

## FRAUENSOLIDARITÄT

# Allein machen sie dich ein

«Teile und Herrsche»: Ein alter Spruch, der im Kapitalismus zur Perfektion getrieben wird. Das gilt auch für das Verhältnis zwischen den Geschlechtern – und für die Frauen untereinander. Aber gerade im Frauenkampf ist die konkrete Erfahrung der Solidarität spürbar. Entfaltet sie sich, ist sie von revolutionärer Sprengkraft.

(agf) Mit der Entwicklung der Produktivkräfte schreitet auch die Arbeitsteilung zügig voran. Um alle Produkte zu erhalten, die wir zum Leben brauchen, sind wir auf die Arbeit von Menschen auf der ganzen Welt angewiesen. Man könnte also behaupten, dass wir immer mehr vernetzt, immer mehr vergesellschaftet sind. Diese Vergesellschaftung ist im Alltag aber kaum wahrnehmbar. Im Supermarkt kaufe ich über meinen Lohn vermittelt, was ich brauche, ohne Bezug dazu, wessen Arbeit drinsteckt. Die Produkte unserer Arbeit werden über den Markt vermittelt, wo wir im Tauschhandel die menschlichen Beziehungen die dahinter stehen nicht mehr wahrnehmen. Sie sind nunmehr versachlicht, verdinglicht, entfremdet. Ideologisch wird die Verschleierung der vergesellschafteten Produktion durch den bürgerlichen Individualismus unterstützt. Grenzen zwischen Ländern, Kulturen oder Religionen werden gezogen und zueinander in Konkurrenz gesetzt. Diese Erfahrung der Konkurrenz ist existentiell: Als Lohnabhängige sind wir vereinzelt auf dem Arbeitsmarkt und es wird uns täglich vermittelt, wir müssten uns gegen andere behaupten und durchsetzen.

### Sie wollen Zwietracht säen

Als Frauen erfahren wir dieses allgemeine Verhältnis der Konkurrenz nochmals speziell. Patriarchale Strukturen verschärfen die Spaltung der Frauen untereinander. Als Frauen in der bürgerlichen Gesellschaft sozialisiert zu werden bedeutet, früh zu lernen, dass es die männliche Anerkennung ist, die frau wertvoll macht. Gleichzeitig erleben wir, dass das Weibliche systematisch entwertet wird. Zum Beispiel war der Beruf «Sekretär» bis Mitte des 19. Jahrhunderts ein angesehenes Männerberuf. Heute sind es fast ausschliesslich Sekretärinnen und der Beruf hat massiv an Ansehen verloren. Frauen sind nicht Kraft ihres Menschseins wertvoll, sondern weil eine andere Instanz, der männliche Blick, ihnen Wert zuschreibt oder eben nicht. Von allen Seiten wird vermittelt, dass einer Frau Anerkennung zukommt, wenn sie von Männern begehrt wird und als attraktiv gilt. Dazu kommt die reaktionäre Einteilung in Hure und Heilige, was einer Spaltung zwischen aufmüpfigen und gehorsamen Frauen entspricht. Alles was nicht dieser patriarchal definierten Rolle entspricht, wird abgestraft. Die heilige Mutter hat monogam und unterwürfig zu sein, um im Bürgertum dem ‚Familienoberhaupt‘ die Sicherheit zu geben, seinen Besitz seinen leiblichen Kindern zu vererben. Der Proletarier, der nichts zu vererben und den gesellschaftlichen Verhältnissen entsprechend ein Nichts ist, kommt immerhin noch der Besitz am Körper seiner Frau zu. Der patriarchale Zugriff auf den Frauenkörper ist auch heute noch ein Kampfplatz. Angriffe auf das Recht auf Abtreibung, als besonders offensichtliches Beispiel dafür, haben von reaktionärer Seite

weltweit Aufwind.

Aktuell sehen wir eine Flexibilisierung der Lebensentwürfe, was zum Teil eine Befreiung aus Rollenzwängen bedeuten kann. Die gewonnene Freiheit ist aber trügerisch, denn sie hat auch immer den Anforderungen des Marktes zu entsprechen. In neoliberalen Marktstrukturen muss die Ware Arbeitskraft jederzeit und flexibilisiert verfügbar sein, da kommen flexible Lebensentwürfe gerade recht. Die Widersprüchlichkeit, welche die gewonnene Freiheit mit sich bringt, lässt sich am modernen Bild der Mutter deutlich erkennen: Sie hat selbstlos und fürsorglich zu sein, aber auch arbeitstätige Powerfrau, die dazu noch sexy und jung geblieben ist. Sich diesen Anforderung zu entziehen braucht viel Energie und ist ein schwer einlösbarer Anspruch. Dazu kommen die Sozialen Medien und die Dauerpräsenz der Werbung, die uns heute statt der Religion und konservativen Familienstrukturen ständig mit den Anforderungen, wie frau zu sein hat, konfrontieren. Instagram und Co. bombardieren uns mit Bildern, was wie konsumiert werden soll und wie der entsprechenden Körper dazu auszusehen hat.

### Revolution versus Rollenzwang

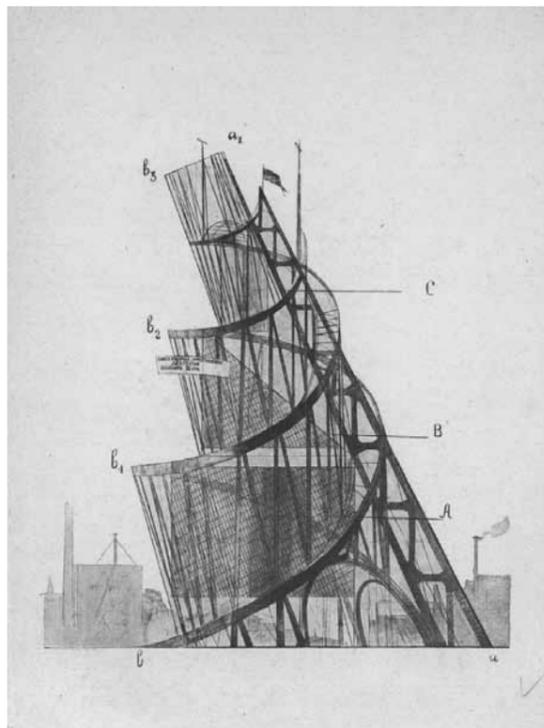
Im Frauenkampf versuchen wir zu erkennen, was es heisst, im patriarchalen Kapitalismus Frau zu sein. Von Geburt an werden uns gesellschaftliche Rollen als Frau oder Mann zugeschoben. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Funktionen, welche in der kapitalistischen Produktionsweise den Frauen zugeschoben wird, bilden die materielle Grundlage für die herrschenden Geschlechterverhältnisse. Die Rollen sind kulturell dermassen überformt und beladen, dass ein Leben grundlegend davon geprägt ist. Für die, die nicht in die Schublade ‚Frau‘ oder ‚Mann‘ reinpassen, wird’s ungemütlich.

Für uns ist klar, dass es nicht darum gehen kann, dass einige wenige Frauen die Privilegien der Herrschenden teilen können. Der Frauenstreik am 14. Juni zeigte eindrücklich, wie im Frauenkampf alle Bereiche des Lebens in den Blick geraten. Es geht um Lohngleichheit, um die Aufhebung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung, um Aufwertung und Kollektivierung von Sorgearbeit, die Frauen stellen sich dem Sexismus und der sexualisierten Gewalt entgegen. Nimmt man all diese Forderung zusammen wird deutlich, dass es eine proletarische Revolution braucht.

Um den Weg des Widerstands zu beschreiten gilt es, die Konkurrenz, die das herrschende System unter uns immer wieder säht, zu überwinden. Um eine kollektive Gegenmacht aufzubauen, können wir besonders im Frauenkampf auf bereits bestehende Fähigkeiten zurückgreifen. Wenn wir FLINT-Räume schaffen (Frauen, Lesben, Intersexuelle, Nonbinäre, Trans), wo Männer keinen Zugang haben und wir uns im Frauenkampf eigenständig organisieren, dann entsteht die Erfahrung von Solidarität, Aufmerksamkeit und Anteilnahme. Im Alltag unter Freundinnen und als Genossinnen in der politischen Arbeit ist die Fähigkeit zur Kommunikation von besonderem Wert. Wenn wir uns austauschen über unsere Erfahrungen und diese analysieren, gelangen wir schnell zur Erkenntnis, dass diese sehr ähnlich sind. In

einer Gesellschaft, welche in ihrer Grundstruktur auf Vereinzelung und Zerstörung sozialer Beziehungen zielt, liegt entsprechend auch eine individualisierte Perspektive auf die eigenen Probleme nahe. In der Arbeit, der Familie oder in der Beziehung, ist es meine Schuld oder Angelegenheit, wenn ich Probleme habe. Wenn ich als Mutter mehrfachbelastet bin und nicht mehr mag, bin ich eine Rabenmutter. Diese Probleme sind keine individuellen, sondern eng mit gesellschaftlichen Strukturen verbunden und somit ähnlich denen vieler Frauen. Diese Erkenntnis verbindet, schafft Bewusstsein und spendet Kraft, im Alltag wie auch für die politische Arbeit. Die NiUnaMenos-Bewegung oder auch die Diskussion im Zuge von #metoo zeigen beispielsweise, welche Kraft aus dem kollektiven Austausch gemachter Erfahrungen entsteht. Dabei machen wir die Erfahrung von Sensibilität und Fürsorge, aber auch Kampfbereitschaft und kollektiver Stärke, nicht weil das der ‚Natur der Frauen‘ entspricht, sondern weil eine bestimmte geschichtliche Phase die Voraussetzung dafür geschaffen hat. Gerade weil den Frauen die Aufgabe zugewiesen wird, sich um die Reproduktion des konkreten Lebens zu kümmern, liegt auch das Bewusstsein nahe, das nicht gleich Wille zum Herrschen, zum Dominieren, zum Unterwerfen ist, sondern eine Fähigkeit zur Kooperation und Solidarität. Fähigkeiten, die in allen Menschen angelegt sind, welche aber im Kapitalismus verstümmelt werden, denn sie sind von revolutionärer Sprengkraft. Frauen- und FLINT-Räumen kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Normalerweise von patriarchalen Strukturen zurück gebunden, ermöglichen uns diese, unser Selbstbewusstsein und unsere Stimme zu entwickeln. Im Kollektiv machen wir die Erfahrung, dass wir uns von Rollenzwängen befreien können, dass wir nicht Konkurrentinnen, sondern Komplizinnen sind. Es ist die Erfahrung real existierender Keime einer neuen Gesellschaft. Andere Beispiele, wie die philippinischen oder indischen Maoistinnen, oder die Kämpferinnen in Rojava, zeigen eindrücklich, welche Kraft die Frauen entwickeln, wenn sie aus den engen Familienstrukturen in den kollektiven Widerstand und den revolutionären Aufbauprozess treten. Damit reissen sie die gesamte Gesellschaft mit und werden zur treibenden Kraft der Befreiung aller Menschen.

Es ist diese Perspektive der Befreiung aller Menschen, welche antreibt, zu kämpfen und schrittweise eine Form von Gegenmacht aufzubauen. Gegenmacht ist zwar ein grosses Wort, doch sie betrifft in unserem Verständnis nicht nur die fernen grossen Ziele, sondern den Aufbau der eigenen Strukturen im Kleinen, hier und heute, insbesondere auch diejenigen der Frauen. Unsere Organisierung, das Aneignen von Frauen- und Klassenbewusstsein, von Wissen und Fähigkeiten in den praktischen, kollektiven Kämpfen, werden so zum Ausgangspunkt einer grundlegenden Umwälzung der herrschenden Verhältnisse.



Die Revolution in der Kunst: Das geplante "Denkmal der Internationale", entworfen von Tatlin im Jahr 1919. Drei Glasfiguren – ein Würfel, ein Zylinder und ein Kegel – umgeben von einem geneigten Stahlgerüst, die sich einmal pro Jahr, Monat und Tag hätten drehen und so die Zeit der neuen Epoche zählen sollen.

## GESCHICHTSBEWUSSTSEIN

# Festhalten am scheinbar Unmöglichen

**Tatsächlich ist unsere historische Etappe nicht gerade ermutigend um festzuhalten am Ziel der proletarischen Revolution, der Frauenrevolution, der Befreiung der unterdrückten Völker, der Weltrevolution für den Kommunismus. Trotzdem. Der historische Materialismus ist eines unserer Instrumente, um daran festzuhalten.**

(fk) Bereits mehrere Male wurde in der Geschichte das scheinbar Unmögliche realisiert. Wenn auch nur vorübergehend. Die Pariser Commune, die zwar «nichts als scheitern konnte, der Zukunft jedoch das Tor weit aufgestossen hat» (Louise Michèle). Die russische Revolution vom Oktober 1917, die zum ersten Mal in der Geschichte bewiesen hat, dass ein Gelingen möglich ist. Sie ist zwar auf lange Sicht gescheitert. Aber sie hat die Möglichkeit des Sieges verkörpert. Die chinesische Revolution, die über Jahrzehnte vorbereitet wurde und im Langen Marsch das menschenunmögliche abforderte und siegte. Die ihre Erkenntnisse aus dem Scheitern der russischen Revolution zog und die Kulturrevolution wagte, um den Klassenkampf im Sozialismus weiterzuführen, gegen bürokratischen Formalismus und eine Staatspartei, in der mehr und mehr der kleinbürgerliche Geist wiedererstarkte und sich in Richtung Restauration des Kapitalismus deformierte. Vietnam, das kleine Land, welches die Herzen und Köpfe der Jugend in den Metropolen mit einem kommunistischen Programm und gekonnter politisch-militärischer Strategie eroberte, schliesslich die Weltmacht USA in die Knie zwang. Kuba, Nicaragua, El Salvador, Suriname, Algerien, Angola, Moçambique, Guinea Bissau, Burkina Faso, unzählige unterdrückte Völker, die den Imperialisten die Stirn boten und sie aus ihrem Land verjagten.

### Vom Vergessen historischer Ereignisse

In den bürgerlichen Medien werden zwar immer wieder historische Ereignisse hervorgekramt, auch die unseren. Doch nicht um sie lebendig zu halten. 2017 wurde überall der hundertste Jahrestag der Oktoberrevolution besprochen. Praktisch überall aber wurde das überdeckt, worum es in dieser Revolution ging, der Grund, warum sie über Jahrzehnte Millionen von Menschen von Europa bis Lateinamerika, von Griechenland bis China, von Südafrika bis Indonesien mitgerissen hat. Und auch der Grund, warum sie über denselben Zeitraum überall auf der Welt die kleine Handvoll der Herrschenden, die Kapitaleigentümer, in Schrecken versetzt und zu entscheidenden Rückzugsmanövern gezwungen hat. Allerdings muss, um ein revolutionäres Ereignis im Gedächtnis der Menschen auszulöschen, seine Realität verändert, es muss zur blutigen Fabel verwandelt werden. Das Vergessen einer Revolution wird durch gekonnte Verleumdung erreicht. Darüber sprechen, ja, aber unter Bedingungen, sich geschickt die Mittel verschafft zu haben, um zu einem einzigen Schluss zu kommen: Nie wieder.

Systematisch wird das Umdeuten unserer Revolutionsgeschichte vorgenommen. Tagtäglich sagt man uns, es sei eine kriminelle Utopie, die Herrschenden stürzen und eine egalitäre Zukunft gestalten zu wollen. Dienstbare JournalistInnen und Intellektuelle haben sich auf konterrevolutionäre Verleumdung und die verbissene Vertei-

digung der imperialistischen Herrschaft spezialisiert. Sie haben das Wort «totalitär» erfunden, um alle politischen Regime zu bezeichnen, die egalitäre Vorstellungen vertreten.

Tatsächlich war die russische Revolution von 1917 alles Mögliche, nur nicht totalitär. Sie bestand aus enorm vielen Strömungen, überwand neue Widersprüche, sammelte und einte ausserordentlich unterschiedliche Menschen, Intellektuelle, FabrikarbeiterInnen, Bauern/Bäuerinnen aus den Tiefen der Tundra. Sie überstand über zumindest zwölf Jahre Bürgerkriege, Blockade, ausländische Intervention und leidenschaftliche politische Auseinandersetzungen. Sie stellte keineswegs eine totalitäre Gesamtheit, sondern eine ausserordentliche regsame Unordnung zur Schau, die dennoch von der einigenden Idee der Gleichheit durchdrungen war. Und sie leitete für die menschliche Spezies eine neue Phase ein, die kommunistische Phase, in der die gesamte Menschheit sich jenseits von Ländern und Nationen selbst organisieren würde, um gemeinsam darüber zu entscheiden, was für sie einen gemeinsamen Wert darstellt. Kommunismus bedeutet, dass das, was allen Menschen gemeinsam ist, ständig Gegenstand des Denkens, des Handelns, der Organisation sein muss.

Einzigartig an der Oktoberrevolution ist der Übergang von einer Revolution zur nächsten. Es ging nicht nur darum, das politische Regime zu ändern, sondern die gesamte gesellschaftliche Organisation zu verändern, indem die alten ökonomischen Verhältnisse zerschlagen wurden.

Das bemerkenswerte Programm, welches in der Partei und im ganzen Land diskutiert wurde, war eine Sammlung von möglichen Entscheidungen, die auf die Idee eines umfassenden und globalen Umsturzes all dessen ausgerichtet war, was im Grunde seit der Entstehung von Frauenunterdrückung und Klassengegensätzen bestanden hatte. Es stellte die Grundelemente eines Entkommens aus der Klassengesellschaft ins Zentrum des künftigen Prozesses: Kollektivierung des Eigentums an Landwirtschaft, Industrie und Bankwesen und ein Ende des Zentralstaats. Und selbstverständlich die Veränderung des Überbaus: Politik, Kultur, Werte, menschliche Beziehungen. Die Methoden beinhalteten Geduld, Diskussion, Überzeugung.

Es ist bekannt, dass die spätere Staatsbürokratie der Kontrolle eines Organs unterworfen werden sollte, welches «Arbeiter- und Bauerninspektion» genannt wurde. Es ist bekannt, dass unter der Führung Stalins seit den 30er Jahren in der Praxis von «alle Macht den Sowjets» zu «alle Macht der vollständigen Verschmelzung von kommunistischer Partei und Staat» und damit zur Abschaffung der Macht der Sowjets übergegangen wurde. Die notwendige und rasche Industrialisierung war letztlich mit Zwangsarbeit, Deportationen und Terror verbunden. Methoden also, die auch nach Stalins Tod die Grundlage für die Stagnation der revolutionären Entwicklung und später der Rückkehr in den Schoss von Kapitalismus und Weltmarkt waren. Diese Fehler machen es heute den Herrschenden leicht, all das dem konzertierten Vergessen preiszugeben.

### Vom Weiterleben historischer Ereignisse

Unabhängig von der derzeitigen Situation reaktionärer Entwicklungen können wir wissen, dass die Möglichkeit

des Sieges einer klassenlosen Gesellschaft ohne patriarchale Strukturen besteht, dass eine derartige Welt existieren kann und dass folglich die aktuelle Herrschaft des globalen Kapitalismus endlich ist. Die kommunistische Revolution vom Oktober 1917 ist in Bezug auf die Entwicklung der Menschheit ein der Zukunft zugewandtes Ereignis, der Beginn eines egalitären Lebens. Das Scheitern dieser Versuche, eine Gesellschaft mit wirklicher Gleichheit herzustellen, kann man als Etappensieg einer globalen Bourgeoisie darstellen. Doch dieses Scheitern ist vorläufig, beweist nicht die Unmöglichkeit einer emanzipierten Gesellschaft. Die Geschichte ist die Geschichte von Klassenkämpfen seit es die Klassengesellschaften gibt. Angesichts der immer grösser werdenden Gegensätze von Arm und Reich zeigen sich in den letzten Jahren immer wieder Klassen- und Frauenkämpfe. Seit Monaten gehen in Dutzenden Ländern und auf allen Kontinenten Millionen gegen die Herrschenden auf die Strasse. Insbesondere die grossen Frauenbewegungen weltweit, wie z.B. «Ni una menos» gegen die Frauenmorde und gegen sexualisierte Gewalt, die Klimabewegungen, die Gelbwesten in Frankreich. Wie in Ecuador oder auf Haiti entzündete sich ihr Protest an der Erhöhung der Kraftstoffpreise. In Chile gaben gestiegene Preise für den öffentlichen Verkehr den Ausschlag, im Sudan ging es um Grundnahrungsmittel und im Libanon um die Einführung einer Steuer auf Kurznachrichtendienste. In Simbabwe und Algerien, in Ägypten und dem Irak rebellieren die Menschen gegen Machthaber, die alle Reichtümer unter sich verteilen. Auch wenn diese Kämpfe politisch oft diffus und nicht per se revolutionär sind, zeigen sie den grundsätzlichen Antagonismus der proletarischen Massen zum System. Die Widersprüche sind so eklatant, dass es immer schwieriger wird, diese zu kaschieren. Einige Hundert Menschen besitzen ebenso viel Vermögen wie drei Milliarden andere. Und mehr als zwei Milliarden Menschen besitzen überhaupt nichts. Mehr denn je produziert das Privateigentum an den Produktionsmitteln entsetzliche Ungleichheiten. Mehr denn je ist die Zerstörung des gesamten Planeten offensichtlich. Da nützen ein paar grüne Pflasterchen nicht viel. Die Gesetzmässigkeiten des Kapitals, immer mehr zu wachsen, koste es was es wolle, können nur durch erneute revolutionäre Versuche gebrochen werden, die nicht nur die Form der politischen Macht in Frage stellen, sondern einer ganz anderen Ordnung angehören. Diese Versuche müssen darauf abzielen, die ganze gesellschaftliche Welt, die menschlichen Beziehungen zu verändern um wirkliche Gleichheit herbeizuführen.

Neue menschliche Beziehungen bedeutet seine Subjektivität zu verändern, das nannten die chinesischen RevolutionärInnen «Revolutionierung», «den Menschen in seinem tiefsten Sein verändern», weil die alte Sicht der Welt immer auch in uns gegenwärtig ist. Wenn wir unsere Geschichte studieren geht es darum, uns aufzuklären und in allen möglichen disparaten Situationen neue Wege zu finden. Derart verkörpern sich all diese Erfahrungen, all diese Möglichkeiten in unserem Gedächtnis, ermächtigen sie uns, am scheinbar Unmöglichen festzuhalten.

Quelle: Alain Badiou: Petrograd, Shanghai, 2019



Frauen in Rakka ziehen Setzlinge, die Selbstverwaltung will diesen Frühling über 100 000 Bäume pflanzen.

## INTERVIEW

# Der ökologische Pfeiler der Rojava-Revolution

**GenossInnen sind mit Make Rojava Green Again vor Ort, um an den ökologischen Arbeiten teilzunehmen und davon zu lernen. Wir haben mit ihnen über die Revolution in Rojava und die Bedeutung der Ökologie darin gesprochen.**

**(agj) Wie der Name der Kampagne Make Rojava Green Again andeutet, soll die ökologische Situation in Rojava verbessert werden. Wie sah die Ausgangslage aus?**

Die Ausgangslage ist nicht gut. Das Baath-Regime betrieb jahrzehntelang eine einseitige und zerstörerische Agrar- und Wirtschaftspolitik in Nord-Ost-Syrien. Es schrieb den BäuerInnen der Region den Anbau von Getreide in Monokulturen für den Export vor. Der Grundwasserspiegel ist durch die intensive Bewässerung drastisch gesunken und ein Grossteil der Bäume wurde abgeholzt. Das Pflanzen von Bäumen war Privatpersonen verboten. Einen Baum vor dem Haus zu haben, war ein Privileg der Angehörigen des Regimes.

Die Kriegsführung des türkischen Staats ist eine Bedrohung nicht nur für die Menschen, sondern auch die Natur. Hinter den Staudammprojekten im Norden Kurdistans stehen geopolitische Interessen. Mit der Kontrolle der Zuflüsse von Euphrat und Tigris, den beiden Hauptwasseradern des Mittleren Ostens, liegt eine unglaubliche Macht in den Händen des Erdogan-Regimes, den Regionen flussabwärts das Wasser abzudrehen oder Überflutungen herbeizuführen und die Menschen zur Flucht zu drängen. Dazu kommen die oft vergessenen ökologischen Kollateralschäden des Krieges: Akkumulation von radioaktivem Uran aus Munition im Boden, brennende Ölfelder, etc.

Das Gebiet ist reich an Erdöl, welches aber in wenigen Jahren bis Jahrzehnten aufgebraucht sein wird. Der Weg in Richtung «fossil-free» ist zusätzlich erschwert durch das Embargo, wodurch kaum Technologie in die Region gelangt. Nicht zu vernachlässigen sind auch die Auswirkungen der Klimakrise, welche die bereits jetzt heissen und trockenen Sommer noch zuspitzen wird. Kurz gesagt: Es gibt kaum mehr Bäume und immer weniger Wasser, obwohl Mesopotamien ursprünglich eine der fruchtbarsten Regionen des Mittleren Ostens war. Ganze Landstriche können in absehbarer Zukunft unbewohnbar werden, falls nicht rechtzeitig der nötige Wandel gelingt.

**Wie nehm ich die ökologische Situation in Rojava heute wahr?**

Seit der Revolution versucht die Selbstverwaltung, die Probleme anzugehen. Aber man muss auch sehen, dass gegen die Region seither permanent Krieg geführt worden ist, zuerst von Daesh und nun vom türkischen Staat und dschihadistischen Banden. Dies erschwert den Wiederaufbau sehr. Lokale Strukturen haben Projekte zum kooperativen Anbau von Gemüse gestartet, Wiederaufforstung, Abfallmanagement, etc. Noch ist Rojava aber leider keine grüne Oase. Die kurdische Bewegung investiert zwar

viel in die Veränderung der Mentalität der Gesellschaft in den Bereichen Frauenkampf, Selbstverteidigung und Demokratie, aber für einen ökologischen Umbau braucht es nicht nur ein Umdenken, sondern auch Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und eine Neugestaltung der Produktion.

**Wie laufen die Arbeiten während dem Besatzungskrieg der Türkei weiter?**

In den Zonen des heissen Krieges ist kaum an Wiederaufbau zu denken. In den östlichen Regionen versucht die Selbstverwaltung aber, die Arbeiten am laufen zu halten und zumindest die Grundversorgung wie Wasser und die Müllabfuhr sicherzustellen. Die Angriffe beschädigten auch ökologische Projekte. Durch die Mobilmachung werden die Kapazitäten nach aktuellen Prioritäten verteilt – was Auswirkungen auf alle Bereiche hat.

**Warum nimmt Ökologie in der Rojava-Revolution eine so wichtige Rolle ein und was können wir davon lernen?**

Teil des neuen Paradigmas von Öcalan ist, dass alle Kämpfe verbunden und Hierarchisierungen grundsätzlich hinterfragt werden müssen. In dem Sinne betrachtet die kurdische Bewegung das Verhältnis der Gesellschaft zur Natur im Kapitalismus als hierarchisiert. Sie beruft sich auch auf historische Naturverhältnisse und will das heute vorherrschende Verständnis von Natur als Ressource, über die der Mensch uneingeschränkt verfügen könne, revolutionieren. Die Rojava-Revolution hat darum Ökologie als einen ihrer drei Hauptpfeiler neben Frauenbefreiung und radikaler Demokratie bestimmt.

Die Ökologie als Kampffeld anzuerkennen, ist allein schon ein qualitativer Sprung. Wir lernen, dieses Kampffeld nicht den bürgerlichen Diskursen um einen grünen Kapitalismus zu überlassen und gegen die Zerstörung unserer natürlichen Lebengrundlagen zu kämpfen. Das Herausarbeiten einer revolutionären Ökologie in der Praxis ist jedoch noch im Prozess. Wir werden davon noch viel lernen können.

**Die Befreiung der Frauen und Ökologie sind in Rojava sehr wichtig. Worin unterscheidet es sich darin von anderen historischen Revolutionen?**

Jede Revolution und ihre Forderungen müssen in ihrem historischen Kontext begriffen werden. Sie widerspiegeln die Hauptwidersprüche ihrer Zeit. Öcalan beschreibt das 19. Jahrhundert als das der ArbeiterInnenkämpfe, das 20. als das der antikolonialen Kämpfe und das 21. als das der Frauenkämpfe. Nicht nur in Kurdistan, sondern global spielen heutzutage Frauen und Ökologie eine führende Rolle im antikapitalistischen Widerstand. Historische Beispiele wie die Sowjetunion oder China verfolgten eine produktivistische Politik, die nicht nachhaltig war, da man davon ausging, Widersprüche zwischen Gesellschaft und Natur würden über die Entwicklung der Produktivkräfte

allein gelöst. Kuba dagegen unterliegt wie Rojava einem Embargo. Die kubanischen GenossInnen haben auf diesen Druck richtig reagiert, indem sie in die Selbstversorgung investiert haben, was auch in ökologischer Hinsicht positiv ist. Mit der rasanten Entwicklung der Produktivkräfte in den vergangenen Jahrzehnten hat die globale Umweltzerstörung immer grössere Ausmasse angenommen. Die hauptsächliche Seite des Widerspruchs zwischen Natur und Gesellschaft hat gewechselt, sodass nicht mehr die Steigerung der Produktion, sondern der Erhalt der Natur zur entscheidenden Herausforderung geworden ist. Die kurdische Bewegung legt grossen Wert auf die Kenntnis der Geschichte, um daraus die richtigen Lehren für den aktuellen Kampf zu ziehen. Mit ihren Schwerpunkten hat sie die Zeichen der Zeit erkannt. Zu diesen Erkenntnissen ist die kurdische Bewegung in einem jahrelangen Prozess gekommen, der – insbesondere in der Frauenfrage – enorm von inneren Kämpfen geprägt war.

**Die Revolution in Rojava geht die Frage der Eigentumsverhältnisse nur sehr vorsichtig an. Was sind die Überlegungen dahinter?**

Rojava fokussiert stark auf Werte und eine «innere Revolution», die Auslöschung des Systems in den Menschen selbst. Dieser Prozess soll die Gesellschaft an den Punkt bringen, an dem die alten Strukturen überflüssig werden, weil sie von den Menschen nicht mehr akzeptiert werden. Die RevolutionärInnen haben bei der Befreiung der Gebiete vom Assad-Regime nur die staatlichen Funktionen übernommen, jedoch bis heute auf Grund der Machtverhältnisse noch nicht vollständig. Noch immer gibt es zum Beispiel Schulen und Spitäler, die vom Regime betrieben werden. Aufgrund der Politik des syrischen Regimes gab es in Rojava kaum Industrie, sondern praktisch ausschliesslich Landwirtschaft und Erdölförderung und damit auch kein lokales Grossbürgertum, das hätte enteignet werden können.

Bis anhin duldet die Selbstverwaltung das Kleinbürgertum, um die Versorgung der Bevölkerung nicht zu gefährden und weil sie keine mächtige Klasse darstellen. In der Landwirtschaft hat die Selbstverwaltung den ehemals staatlichen Boden übernommen, die Enteignung von feudalen Grossgrundbesitzenden überlässt sie jedoch den lokalen BäuerInnen. Einzelne Agrarkollektive haben den lokalen Grossgrundbesitzenden ihr Land und ihre Macht entzogen, andere BäuerInnen geben weiterhin Pacht ab. Die Eigentumsverhältnisse des Bodens sind zudem von ethnischen Verhältnissen überlagert. Als eine gegen die KurdInnen gerichtete Politik der Arabifizierung siedelte das Baath-Regime AraberInnen aus dem Süden in Nord-Ost-Syrien an und sprach ihnen grosse Landflächen zu. Enteignungen könnten deshalb zu ethnischen Spannungen führen. Die kurdische Bewegung legt grossen Wert darauf, ethnische Konflikte zu vermeiden, sodass die Gesellschaft geeint hinter der Revolution steht. Die bis heute – fast acht Jahre nach der Revolution – eingeschränkte Kontrolle über die Produktion ist jedoch eine Schwäche – nicht nur, aber auch aus ökologischer Sicht.

EU

# EU-Rahmenabkommen: Entsandte Arbeit als Instrument zu neuem Lohndumping

Die aktuellen Debatten rund um das EU-Rahmenabkommen sind zurzeit etwas abgeflacht. Trotzdem finden wir es wichtig, sich mit drohenden Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen auseinanderzusetzen und dabei auch die Positionierungen der Gewerkschaftsführungen zu thematisieren. Aus diesem Grund haben wir uns mit einem MPS/BFS-Aktivisten und Gewerkschaftsfunktionär unterhalten und ihn um eine Einschätzung gebeten.

**(akak) Worum geht es und was sind die wichtigsten Punkte des Rahmenabkommens mit der EU?**

Eine Frage, die eine lange Antwort erfordern würde. Vereinfacht gesagt, ist das institutionelle Abkommen Teil der Politik der bilateralen Abkommen, auf denen die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) beruhen. Konkret regelt das institutionelle Abkommen den Zugang zu den jeweiligen Märkten. Im Wesentlichen ist dieses Abkommen für die Schlüsselbereiche des Schweizer Kapitalismus, insbesondere für den Finanzplatz, sehr wichtig. Das Abkommen soll für Schweizer Unternehmen Rechtssicherheit und mehr Planungssicherheit schaffen, ihnen den Zugang zum EU-Markt offenhalten und sie vor einer Diskriminierung der europäischen Konkurrenz schützen. Es ebnet auch den Weg für den Abschluss neuer Marktzugangsabkommen, da die EU nicht bereit ist, solche Abkommen ohne vorherige Regelung institutioneller Fragen mit der Schweiz abzuschließen.

Natürlich verlangt die EU unter anderem eine gewisse Gegenleistung. Im Hinblick auf die Personenfreizügigkeit und die flankierenden Massnahmen fordert die EU, die Anmeldefrist für den Einsatz von entsandten Arbeitskräften auf Schweizer Boden von 8 auf 4 Tage zu reduzieren. In gleicher Weise sollte die Verpflichtung zu finanziellen Garantien, die ausländischen Unternehmen auferlegt werden, die mit entsandten Arbeitskräften arbeiten, auf diejenigen reduziert werden, die bereits Verstöße begangen haben. Dies sind die Forderungen der EU, die den derzeitigen Widerstand der Gewerkschaftsdirektionen gegen das institutionelle Abkommen motiviert haben. Es wird befürchtet, dass dies ein erster Schritt zur Aufhebung oder Schwächung der flankierenden Massnahmen sein wird.

**Vor ungefähr zehn Jahren wurde ein Bericht des SECO veröffentlicht in dem bestätigt wird, dass 30% der kontrollierten Unternehmen von Lohndumping profitieren. Inwiefern hat die Personenfreizügigkeit Auswirkungen auf Löhne, Arbeitslosigkeit, usw. gehabt?**

Es ist aus verschiedenen Gründen ein komplexes Thema. Es gibt viele Zweifel an den Zahlen, die die Auswirkungen der "Personenfreizügigkeit" relativieren. Die Arbeitgeber haben ein Interesse daran, Daten hervorbringen, die das Fehlen von Lohndumpingprozessen bestätigen, um das Abkommen über die Personenfreizügigkeit (AP) zu rechtfertigen. Die Gewerkschaftsführungen verwenden dieselben Zahlen, um die Relevanz und Wirksamkeit der flankierenden Massnahmen zur Eindämmung des Lohn- und Sozialdumpings zu rechtfertigen.

Zweitens sind Lohn- und Sozialdumping Prozesse,

deren Auswirkungen erst nach mehreren Jahren deutlich sichtbar werden. Obwohl sich die Schweizer Wirtschaft derzeit in einer Phase des relativen Wachstums befindet, ist es unbestreitbar, dass sich eine gewisse Dynamik des Lohndumpings und der Ersetzung lokaler Arbeitskräfte durch billigere Arbeitskräfte aus der EU langsam durchsetzt.

In Bezug auf die Eindämmung des Lohnwachstums haben die Schweizer Arbeitgeber dank der Personenfreizügigkeit ein wichtiges Ergebnis erzielt: Sie verfügen über eine praktisch unbegrenzte Reserve an Arbeitskräften, um die Bedürfnisse von Unternehmen in Phasen des Wirtschaftswachstums zu befriedigen, mit dem Ziel, die Löhne zu begrenzen und langfristig zu senken. Das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) räumte 2013 ein, dass "verschiedene ökonomische Studien über die Auswirkungen des AP auf die Lohnentwicklung darauf hindeuten, dass die Zuwanderung in den letzten Jahren das Lohnwachstum in der Schweiz durch die Verringerung des Arbeitskräftemangels tendenziell gedämpft hat"<sup>1</sup>. Im Juli 2019 schrieb das SECO, dass "die Zuwanderung in den letzten Jahren möglicherweise das Wachstum der hohen Löhne gebremst hat. (...) Mehrere frühere Studien sind zum gleichen Ergebnis gekommen. (...) Die erleichterte Zuwanderung im Rahmen des AP hätte es ermöglichen sollen, dem Arbeitskräftemangel in der Schweiz zu begegnen und die Lohnprogression im oberen Bereich der Lohnverteilung zu mildern"<sup>2</sup>.

Die Situation unterscheidet sich von Region zu Region erheblich. Unter diesem Gesichtspunkt kann das Tessin als Vorposten des Lohndumpings betrachtet werden. Für die Tessiner Arbeitgeber war es ein echter Segen, eine industrielle Reservearmee von 12 Millionen Menschen (Lombardei und Piemont) aus einem Land in einer tiefen und dauerhaften Wirtschaftskrise wie Italien zu haben, wo der Lohnunterschied oft das Doppelte bis Dreifache beträgt. Doch das Ausmaß des Lohndumpings entzieht sich den offiziellen Statistiken, insbesondere wenn es um den Ersatz von qualifiziertem Personal durch (auf dem Papier) unqualifizierte Arbeiter geht. Dies ist im Tessiner Bauwesen der Fall. Im Jahr 2000 machten die Arbeiter der Kategorie C (ohne jegliche Erfahrung in diesem Sektor) 7,4% aller Bauarbeiter aus. Im Jahr 2016 machten die Arbeitskräfte der Kategorie C 25,2% der Gesamtzahl aus. Für die Tessiner Bauunternehmen bedeutet dies eine Einsparung von mehreren hundert Millionen Franken. Die aktuelle Entwicklung lässt keinen Zweifel: Lohndumping ist ein Phänomen, das im Tessin stark zunimmt. Und dieser Prozess wird auch in den anderen Regionen der Schweiz zunehmen.

**Was würde das Rahmenabkommen an dieser Situation ändern?**

Im Grunde glaube ich nicht, dass das Abkommen die Situation wesentlich verändern wird. Die Änderungen betreffen hauptsächlich entsandte Arbeiter. Nach Berechnungen von Avenir Suisse macht die Tätigkeit der entsandten Arbeiter (bis maximal 90 Tage pro Jahr) 0,70% aller Arbeitsplätze in der Schweiz aus. Das eigentliche Problem besteht darin, dass die Gewerkschaftsführungen die Abschaffung des unwürdigen Saisonstatus im Austausch gegen die Einführung des noch unwürdigeren Status des

entsandten Arbeiters akzeptiert haben. Entsandte Arbeit ist etwas völlig Unkontrollierbares, ein echtes Instrument zur Schwächung der vertraglichen Vereinbarungen und zur Förderung des Lohndumpings. Jeder, der täglich bei der Arbeit ist, insbesondere auf Baustellen, ist sich dessen bewusst. Welcher bulgarische Metallarbeiter oder italienische Gipser würde es riskieren, zu Hause entlassen zu werden, um einen "Schweizer" Monatslohn zu fordern? Es dauert Monate, wenn nicht Jahre, des Aufbaus eines Vertrauensverhältnisses mit den Arbeitern bis Fälle von Lohndumping auf Baustellen auftauchen. Wie können wir glauben, dass wir das erreichen können, wenn die Arbeiter zwei Wochen oder einen Monat im Tessin bleiben? Die Wahrheit ist, dass der Status des entsandten Arbeiters aufgehoben werden sollte. Aber kein nationaler Gewerkschaftsführer wird es vorschlagen.

**Bislang hat sich ein Teil des bürgerlichen Blocks (SP, Grüne, SVP) und der Gewerkschaften (UNIA, SGB) gegen das Abkommen ausgesprochen. Welchen Wert haben diese Positionierungen und was gibt es über das Verhalten der Gewerkschaftsführungen zu sagen?**

Der Widerstand der Zentralkomitees der UNIA und des SGB gegen das Abkommen ist real. Denn die flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit sind zu einem unantastbaren Fetisch geworden. Daher wird jede Massnahme, die diese auch nur minimal entkräften würde, als inakzeptabel angesehen. Diese Situation bezieht sich auf den strategischen Fehler, der bei der Einführung des AP gemacht wurde. Anstatt dieses Grundbedürfnis der Arbeitgeber zu nutzen, um substantielle Verbesserungen der Rechte der Arbeiter in der Schweiz zu erreichen, hat die Gewerkschaftsführungen die ultra-light "flankierenden Massnahmen" akzeptiert, die gar nicht in der Lage waren Sozial- und Lohndumping zu verhindern.

Bei den „flankierenden Massnahmen“ handelt es sich um Massnahmen, die die Liberalisierung des Arbeitsmarktes begleiten. Ihre Anwendung greift a posteriori ein, um die auffälligsten Fälle von Missbrauch auf sehr milde Weise zu sanktionieren. Wer vor Ort mit der Tätigkeit der paritätischen Kommissionen, den für die Anwendung der flankierenden Massnahmen zuständigen Stellen, konfrontiert wird, weiß sehr wohl, dass diese absolut unwirksame Instrumente zur Bekämpfung der Auswirkungen der "Personenfreizügigkeit" sind. Schlimmer noch, diese Gremien saugen die Gewerkschaften stärker in eine bürokratische Spirale ein, die sie aus dem Kampf am Arbeitsplatz wegführt. Konflikte und Missbräuche müssen innerhalb der Kommissionen geregelt werden, was zu Ungunsten der Selbstorganisation der Beschäftigten und der sozialen Konflikte kommt. Es wurde keine Bilanz gezogen, des völlig unzureichenden Beitrags der "flankierenden Massnahmen" zur Eindämmung der Implementierung der Personenfreizügigkeit. Es geht nur darum, diese Massnahmen zu verteidigen, um die in der Vergangenheit getroffenen Entscheidungen und die schädlichen Auswirkungen der Sozialpartnerschaft weiterhin vor den Arbeitern zu verbergen. Dies wird jedoch die politische Linie der SVP stärken, die weiterhin als einzige Kraft gegen das vermeintlich von ausländischen Arbeitskräften und nicht durch die Schweizer Arbeitgeber verursachte Lohndumping auftreten wird.

## MERKE

In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Je besser und schneller wir sie an Demos und Aktionen erkennen, umso schwerer machen wir ihnen ihre Arbeit und schützen uns selber vor Repression. Schickt uns eure Fotos!

Die beiden Zivis wurden am 8.3.19 in Zürich aufgenommen. Nach dem Auflösen der Demo am Helevtiaplatz hielten sie Ausschau nach den aktiven Strassenkünstlerinnen, welche während der ganzen Demo über eine authentische Spur des Widerstandes hinterliessen. Die Zivis blieben erfolglos...



ÖKONOMIE

# Adidas Speedfactory

Der relative Wirtschaftsaufschwung der letzten Jahre stützt sich auf qualitative Sprünge in der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit. Adidas steht als Beispiel für viele.

(gpw) 2013 initiierte Adidas eine Fabrik zur möglichst schnellen Herstellung kleiner Serien an Schuhen, um damit auf Ereignisse im Sport flexibel reagieren zu können. Das ist nur der Anfang einer massgeblichen Änderung in der Produktion. Das Ziel ist die Herstellung im Verkaufsgeschäft selbst, wo der Schuh nach individuellen Kundenwünschen direkt gedruckt wird.

Was sich gleichzeitig logisch und verrückt anhört, soll in Zukunft Adidas einen Extraprofit sichern. KonsumentInnen können dann im Geschäft individuelle Schuhe konzipieren, in verschiedenen Grössen und Farben oder mit speziellen Kennzeichen, und sie nach einer Kaffeepause abholen und bezahlen. Das kann die Konkurrenz nicht bieten. Dafür kassierte Adidas 2018 den Deutschen Innovationspreis und wurde mit 3,6 Millionen Euro vom Bundeswirtschaftsministerium gefördert. Damit stützt der deutsche Staat direkt seinen Kapitalblock.

Zusätzlich werden die KonsumentInnen in die Produktion «eingebunden», welche sich sehr direkt auf Vorlieben und Trends einstellen kann. Ein Vorteil, der nicht nur die Geschwindigkeit der Produktion betrifft sondern auch, dass das Marketing faktisch an die KonsumentInnen übergeben wird.

## Jede Menge komplizierte Arbeit

Ungefähr 400 Millionen Paar Schuhe produziert Adidas pro Jahr, im Moment in Handarbeit und an Orten mit niedrigen Löhnen und einer schlechteren sozialen Absicherung als in Deutschland.

Der Profit, den Adidas bisher einstreicht, erarbeiten also Heerscharen an ArbeiterInnen, die einfachste Arbeiten in immer wiederkehrenden Arbeitsschritten ausführen. Monoton und stumpf, dafür mit hoher Mehrwertmasse, weil eine grosse Zahl von ArbeiterInnen gratis Mehrarbeit leistet.

Die neue Art der Produktion stellt dies auf den Kopf: Viel weniger ArbeiterInnen bedienen und warten Maschinen, die mit 4D-Druck Schuhe produzieren. 4D-Druck beschreibt ein Verfahren wie 3D-Druck mit der zusätzlichen Dimension Zeit. Es werden Materialien eingesetzt die sich mit der Zeit, z.B. unter Licht- oder Wassereinwirkung verändern. Diese «wenigen» ProletInnen, die



Von Hand oder mit dem Roboter?

nun ausgebeutet werden, erzeugen dennoch einen hohen Mehrwert. Dies ist möglich, weil sie nicht einfache sondern hoch komplizierte Arbeit ausführen, die pro Kopf ein vielfaches an Wert und daher auch an Mehrwert schafft als die Arbeit ihrer handarbeitenden KollegInnen.

Das hat neben den Auswirkungen auf die Produktion auch einen Einfluss auf die Bewusstseinsbildung. Die Unterschiede zwischen den ArbeiterInnen in einer solchen Fabrik sind um ein vielfaches grösser. Neben den Hochlohn-ArbeiterInnen wie den ProgrammiererInnen und den SpezialistInnen für Robotik arbeiten in den eher Tieflohn-Segmenten diejenigen, welche die Maschinen warten oder reinigen bis hin zu denjenigen, die 4D-Druck Überreste von den Schuhsohlen mit dem Cuter beseitigen. Ein gemeinsames Interesse zu formulieren und dafür zu kämpfen wird nicht leichter.

## Produktion und Krise auf neuer Stufe

Zur Zeit läuft es für die KapitalistInnen gut. Profite werden ausgepresst, Investitionen sind möglich dank neuer Techniken wie dem 4D-Druck bei Adidas. Die allgemeine Kapitalüberproduktionskrise rückt etwas in den Hintergrund in dieser «schönen neuen Welt».

Jedoch, egal was aus den hochtrabenden Plänen von Adidas genau wird, die Konkurrenz wird mitziehen müssen. Wird Adidas in der Lage sein, die Schuhe direkt in den

Verkaufsgeschäften zu drucken, werden dies auch die anderen Herstellen von Schuhen irgendwann können müssen, bei Strafe des Untergangs. So pushen sich die Konkurrenten in immer höhere Sphären der Produktion und erhöhen die Anforderungen an das Kapital, das investiert werden muss.

Solange diese Art der Produktion in Entwicklung ist und Extraprofit für die fortgeschrittensten Konzerne abwirft, werden mehr und vor allem qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht, was die Auswirkungen der Kapitalüberproduktionskrise mildert. Haben aber alle nachgezogen, ist eine Grenze auf höherer Stufe erreicht. Die Krise wird deshalb wahrscheinlich umso schärfer ausbrechen, denn der Wert der 4D-Schuhe wird sinken, ebenso der damit erzielbare Profit, und die Arbeitskräfte, welche für die Entwicklung nötig waren, werden überflüssig. Adidas ist nur ein Beispiel dafür, was zur Zeit in verschiedenen Produktionszweigen abläuft und welche Entwicklungen auf das Proletariat zukommen.

ROJAVA

# Türkische Barbarei in Nordsyrien

Der Verein ToxHelp hat bestätigt, was schon lange vermutet wurde: Die Türkei setzt im Krieg gegen Rojava Chemiewaffen ein.

(gpw) Im Oktober letzten Jahres vermeldete die in Rojava ansässige Nachrichtenagentur ANHA erstmals, dass die türkische Armee in Nordsyrien Chemiewaffen einsetzte. Der Verdacht liess sich zu der Zeit «nur» durch Fotos von Kindern und Erwachsenen mit auffälligen und für Phosphor typischen Verbrennungen belegen. Nun ist es gelungen, Hautproben eines verletzten kurdischen Kämpfers in einem Schweizer Labor testen zu lassen. Der Verein ToxHelp bestätigt nach Auswertung der Proben den Einsatz der nach Kriegsrecht verbotenen Chemiewaffe. An einer Pressekonferenz konnten die Beweise nun der Öffentlichkeit präsentiert werden.

## Funktionsweise und Geschichte der Bombe

Eine Phosphorbombe enthält ein Gemisch aus weissem Phosphor und Kautschuk. Phosphor ist an der Luft selbstentzündlich und führt nebst Verbrennungen aufgrund seines dichten giftigen Rauchs auch dazu, dass betroffene Menschen ersticken, beziehungsweise sich vergiften. Der Kautschuk dient dazu, dass der Phosphor zähflüssig auf allen Oberflächen, so auch auf der Haut der Opfer, haften bleibt.

Erstmals in grösseren Stil zum Einsatz kam der weisse Phosphor im zweiten Weltkrieg. Zuerst diente er nur als selbstentzündliches Element, der die eigentliche Brandmasse zündete. Erst mit der Zeit wurden Bomben mit grösserem Phosphoranteil eingesetzt, wo der Phosphor selbst zur eigentlichen Bombe wurde.

Nachgewiesen ist der Einsatz durch die US-Armee im zweiten Irakkrieg und durch die israelische Armee im Li-

banonkrieg 2006, sowie bei der Operation «Gegossenes Blei» 2009 im Gazastreifen.

Der russischen Armee wird vorgeworfen, bei einem Luftangriff auf die irakische Stadt Raqqa Phosphor eingesetzt zu haben. Ebenso geht die NGO «Human Rights Watch» aufgrund von Videoaufnahmen davon aus, dass ihn die irakische Armee im Kampf gegen den «Islamischen Staat» bei der Befreiung von Mossul ebenfalls eingesetzt hatte.

## Arroganz der Macht

Die Türkei konnte sich bis jetzt einer Untersuchung der Vorwürfe durch die Vereinten Nationen entziehen. Beweise, dass ein NATO-Mitgliedstaat verbotene Kriegswaffen in einem internationalen Konflikt einsetzt, will die ohnehin kriselnde NATO vermeiden. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) erklärte sich kürzlich für nicht zuständig den Vorwürfen nachzugehen, da die Eigenschaften von Phosphor eher mit Wärme als mit Chemie zu tun hätten. Dies nachdem sie kürzlich von der Türkei eine Spende über 30 000 Euro bekommen hatte.

Zu den Vorwürfen lässt die Türkei durch ihren Verteidigungsminister lapidar verlauten: «Es ist allgemein bekannt, dass die türkischen Streitkräfte keine chemischen Waffen in ihrem Inventar haben».

Die EU und die USA haben längst bewiesen, dass sie bei der Durchsetzung ihrer Interessen (z.B. dem Flüchtlingsdeal) auf Erdogan zählen. Die Duldung der Autonomiebestrebung der Bevölkerung in Nord- und Ostsyrien ist für sie nur ein taktisches Mittel gegen den IS.

Dass der Einsatz von chemischen Waffen in einem Krieg, der vor den Augen der Weltgemeinschaft geführt wird, irgendwann aufgedeckt werden würde, muss auch der Türkei von Anfang an klar gewesen sein. Der Einsatz

von Phosphorbomben hat neben dem rein militärischen Zweck sicherlich auch einen propagandistischen und symbolischen Nutzen.

## Das Bekämpfen einer Revolution

Die Türkei führt in Rojava einen Krieg auf mehreren Ebenen. Sie greift nicht nur ein anderes Land an, sondern will insbesondere das revolutionäre Projekt Rojava zerstören, dass die ganze Bevölkerung und alle Sektoren der Gesellschaft umfasst und verändert. Der Chemiewaffeneinsatz ist Teil einer Kriegsstrategie, welche die Bevölkerung demoralisieren und abschrecken soll. Es zeigt dass die Türkei bereit ist bis zum Äussersten zu gehen, um diese Revolution zu zerschlagen.

Eskalation und Krieg als Mittel zur Machterhaltung und um von den eigenen Problemen abzulenken gehören zu seiner Strategie dazu. In diesem Krieg gibt er auch islamistische Milizen, die er seine Brüder nennt, in Syrien militärische Schützenhilfe. Diese Teilen seinen Hass auf das emanzipatorische Projekt und gewinnen dank seiner Hilfe an Kraft um ihrerseits Rojava anzugreifen.

Für die Revolution in Rojava ist jede Form der Solidarität enorm wichtig. Es liegt an uns, die Machenschaften der Türkei und seiner europäischen Helfer anzuprangern und anzugreifen. Die Schweiz selbst ist durch ihre Rüstungsindustrie Teil des Krieges gegen die revolutionäre Bewegung in der Türkei und Rojava.



Widerstand gegen den Putsch

## BOLIVIEN

## Putsch bleibt Putsch

**Die Faktenlage ist trotz verlogener Debatte klar: In Bolivien wurde Evo Morales, der erste indigene Präsident des Landes, von rassistischen und ultrareligiösen Kräften mit Hilfe der Armee weggeputscht.**

(gpw) Der Krieg der Türkei gegen Rojava ruft in Erinnerung, dass Krieg nicht nur dann ist, wenn Panzer rollen und Bomber tief fliegen. Kriege niedriger Intensität sind effektiv, günstig und führen zu weniger heftigen Protesten. Ähnlich sind Militärputsche in Lateinamerika nicht nur dann gegeben, wenn Jeep fahrende und Zigarren rauchende Caudillos gestützt auf Polizei und Armee die Bevölkerung massakrieren. Moderne Staatsstreichläufe laufen heute subtiler ab und bedienen sich anderer Mittel. Am Prinzip ändert sich wenig.

Blicken wir zurück: Evo Morales kam 2006 durch reguläre Wahlen an die Macht und regierte Bolivien während 14 Jahren. Er zählt zu den Verfechtern eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts und leitete in Bolivien in allen Gesellschaftsbereichen grundlegende Veränderungen ein. Am 12. November 2019 ist er nach undurchsichtigen Wahlen und anschließenden Protesten auf «Vorschlag» des Militärs zurückgetreten und flüchtete ins Exil. Morales fürchtete wohl einen blutigen Putsch, wie ihn beinahe alle lateinamerikanischen Länder gut kennen. Sein Ziel war es, sich, seine Familie und die Mitglieder seiner Partei «Movimiento al Socialismo» (MAS) zu schützen. Dennoch wurde sein Haus verwüstet, jenes seiner Schwester niedergebrannt.

### Gegen Pachamama und Wiphala

Kurz darauf erklärte sich kein General, sondern die Oppositionspolitikerin Jeanine Áñez zur neuen Präsidentin des Landes – unüblich für einen klassischen Militärputsch. Doch an der Vereidigung von Áñez waren wiederum vermutlich mehr Militärs als ParlamentarierInnen anwesend. In der ersten Medienkonferenz hielt das neue Staatsoberhaupt dann demonstrativ das Buch «Die vier Evangelien» in die Kameras. Ähnlich inszenierte sich der rechte Oppositionsführer Luis Fernando Camacho aus der Oppositionshochburg Santa Cruz im Tiefland Boliviens: Er fiel mit der Nationalflagge und der Bibel in der Hand im Präsidentenpalast auf die Knie und verkündete, dass Bolivien christlich sei und die Pachamama, eines der wichtigsten Symbole indigener Weltanschauung, nie mehr in den Präsidentenpalast zurückkehren werde.

Es ist bemerkenswert, dass die Militärs ausgerechnet jenem Präsidenten den Rücktritt aufzwingen, der der erste Präsident aus einfachen, bäuerlich-indigenen Verhältnissen war, nachdem zuvor mehr als ein halbes Jahrtausend die Kolonialherren und daraufhin - in einem Land mit 70 Prozent indigener Bevölkerung - die weiße Elite geherrscht hatte. Ist es Zufall, dass die Leader des Putschs bei der Übernahme der Macht jene Symbole verwendeten, die auf die koloniale Christianisierung des Landes vor 500 Jahren verweisen?

Denn gleichzeitig zu den fundamental-christlichen Kitschszenen wurden in den Strassen der Hauptstadt die Wiphala-Fahnen, der Ausdruck der plurinationalen De-

mokratie, in welcher die Indigenen zum ersten Mal vollwertige BürgerInnen waren, verbrannt. PolizistInnen rissen sich das Emblem von den Uniformen. Beifall kam aus dem Weissen Haus: Die Ablösung Morales' sei «ein bedeutender Moment für die Demokratie»; Trump persönlich applaudierte über Twitter der bolivianischen Armee. In Bolivien gelang, was in Venezuela bisher verhindert werden konnte.

Der Repressionsapparat agierte derweil klassischer im Stil eines ordentlichen Militärputschs. Die Demonstrationen, die es im ganzen Land gegen den Putsch und für den ordentlichen Präsidenten gab, fanden unter dem wachsamen Auge von Armeeflugzeugen und -helikoptern statt, das Militär tötete zahlreiche Demonstrierende. Als einer der ersten Akte erliess Áñez ein Dekret, das Polizei und Armee «von der strafrechtlichen Verantwortung befreit» - eine indirekte Aufforderung an alle Schläger in Uniform.

Neben dem Repressionsapparat setzte die neue Regierung auf massive Propaganda im Internet. So wurden kurz nach dem Putsch mehr als 68'000 Twitter-Konten erstellt, um den Putsch online zu legitimieren. Der Twitter-Account von Camacho zählte lange Zeit um die 3'000 Follower, innerhalb von nur 15 Tagen stieg die Zahl auf 130'000. Darunter waren 50'000 Profile, die erst im November 2019 erstellt wurden. Ähnliche Sprünge und Muster weist das Profil von Áñez auf. Der Einsatz von sogenannten Bots zur Verbreitung von gewissen Inhalten verstösst gegen die Twitter-Richtlinien. SpezialistInnen vermuten, dass es eigentlich nicht möglich ist, unbemerkt tausende neue Accounts in so kurzer Zeit zu erstellen. Entweder versagen also die Kontrollmechanismen oder dieser Verstoß wird geduldet. Nachweisen lässt sich so was jedoch schwer, übrig bleibt in jedem Fall ein Propagandaerfolg für die PutschistInnen.

Legitimiert wird der Putsch mit der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie. Morales hatte die Verfassung geändert, um sich eine dritte Amtszeit zu ermöglichen. Dies hat er durchgeboxt, obwohl er bei einer Volksbefragung keine Mehrheit dafür bekam. Ein Vorgehen, welches er mittlerweile selber kritisiert. Zudem warfen ihm die Opposition und auch die Organisation Amerikanischer Staaten Wahlbetrug vor. Doch warum sollte die in der Opposition organisierte weisse Elite des Landes jetzt auf einmal die bürgerliche Demokratie verteidigen, wenn es dieselben Familien und Netzwerke sind, die mit den konservativen Teilen der Kirche und dem Militär verzahnt sind und während den Diktaturen im 20. Jahrhundert eine wichtige Stütze derselben waren? Es geht der Bourgeoisie selbstredend mitnichten um Demokratie oder um die Rettung der republikanischen Institution, sondern um ihre Interessen. Ihre historischen Privilegien, die sie seit der Kolonisation von Generation zu Generation vererben, werden durch das Projekt von Morales bedroht. Denn dieser hat seit Beginn seiner Regierungszeit begonnen, den Reichtum des Landes umzuverteilen, ohne aber dabei das Privateigentum tatsächlich anzutasten. Doch selbst das war den Eliten zu viel.

Rein wirtschaftlich betrachtet gehören die Jahre unter Morales Regierung zu den erfolgreichsten in der Geschichte des unabhängigen Boliviens. Durch seine Sozial-

politik wurden Millionen BolivianerInnen von der Armut befreit und der Analphabetismus stark reduziert. Endlich gibt es eine medizinische Versorgung in den unwirtschaftlichsten Gegenden des Andenlandes. Für die Zukunft ist Bolivien dank wertvollen Rohstoffreserven bestens gewappnet: Es verfügt über eines der grössten Lithium-Vorkommens der Welt, welches für Akkus gebraucht wird. So spielt im Hintergrund des Putschs der künftige Profit aus den Lithium-Reserven eine wichtige Rolle, ähnlich wie zur Kolonialzeit, als die Spanier Gold- und Silberminen im Süden des Landes ausbeuteten. Die Gewinne aus den natürlichen Ressourcen sollen ausschliesslich der Bourgeoisie und ihren internationalen Verbündeten zukommen, ohne, dass Teile des Profits zur gesellschaftlichen Umverteilung verwendet werden.

### Nunca más

Rund um die Ereignisse in Bolivien wird die Debatte aufgewärmt, ob etwas, das wie ein Putsch aussieht, schmeckt und riecht, auch wirklich ein Putsch ist und wenn ja, ob das denn zwangsläufig was Schlechtes sei. Die NZZ – immer dabei, wenn es darum geht, von rechts Sand in die Augen zu streuen – schreibt dazu in einem Fazit: «Am aktuellen Fall hingegen muss man dem Armeechef zumindest zugutehalten, dass er im Sinne der Wiederherstellung der Demokratie und des inneren Friedens gehandelt hat.» Die Debatte ist haarsträubend und bereitet relativierend den ideologischen Boden für weitere ähnliche Interventionen vor. Es ist ein Muss, dass der lateinamerikanische Konsens, geprägt aus den Erfahrungen der Diktaturen des 20. Jahrhunderts und Gräueltaten gegen die linke Opposition, aufrechterhalten bleibt. «Nunca más – nie mehr!» steht nicht zur Debatte.

Man muss kein/e AnhängerIn von Morales oder überzeugte/r VerfechterIn des Sozialismus des 21. Jahrhunderts sein. Allerdings gilt ihm und seiner Politik unzweifelhaft unsere Solidarität angesichts eines Putsches einer christlich-fundamentalistischen und rassistischen Elite, bei dem sehr klar ist, wer auf welcher Seite der Barrikaden steht. Die Wahlen im Mai werden zeigen, ob dieser Putsch eine eher kurze Episode in der Geschichte Boliviens bleibt oder aber nicht. Die reaktionären Kräfte hinter dem Putsch haben mit Bolsonaro in Brasilien, Piñera in Chile oder Duque in Kolumbien momentan mehr als genug Verbündete.



La reprise du travail aux usines Wonder: Ein kurzer Dokumentarfilm, der 1968 mitten ins Herz traf und zur Ikone des militanten Films wurde. Die junge Arbeiterin setzt sich gegen den Paternalismus des Gewerkschaftsfunktionärs zur Wehr und kämpft gegen den Streikabbruch.

## LINKE FILME

# Bewegt inszeniert für die Sache

Einen Film zu machen, bedeutet viel Aufwand und hohe Kosten. Entsprechend ist Film ein Medium mit schwierigen Produktionsbedingungen. Diese erscheinen, zumindest von aussen betrachtet, als undurchsichtiges und abgekartetes Spiel, das wenig Raum lässt für jene Filme, die die Leserschaft des Aufbaus interessieren könnten. Es ist entsprechend schwierig als revolutionäre Filmemacherin einen Film nach den eigenen Vorstellungen herzustellen, dennoch hat der Aufbau zwei Filmemacherinnen befragt, wie ihre Idealvorstellungen wären.

**(az) Lasst uns über die Entstehung eines linken Films sprechen.**

A: Was verstehst du unter linkem Film? Mich interessiert das nicht, ich will Propaganda-Filme machen.

**Aber du meinst damit linke, revolutionäre Propaganda.**

A: Klar. Im Gegensatz zu einem Dokumentarfilm, will ich mit einem dokumentarischen Propagandafilm Politik machen. Ich versuche also eine positive Antwort auf die Frage zu geben, wie Widerstand aussehen kann. Ein «linker Film» entsteht dort, wo gekämpft wird. Die aktuellen Produktionsbedingungen legen uns allerdings Steine in den Weg.

B: Sprechen wir darüber, wie wir als revolutionäre Aktivistinnen durch das Filmschaffen unserem Aktivismus einen Ausdruck verleihen. Form und Inhalt von Filmen werden vom Markt geprägt. Es stellt sich deshalb die Frage, welche Kompromisse ich eingehen muss, wenn ich Film als Massenmedium nutze.

Wenn ich hingegen im Rahmen einer unserer Kampagnen einen Film drehe, dann will ich damit aufklären und Ideologie vermitteln. Und ich will noch mehr. Ich kann die Zuschauerenden an den Punkt bringen, dass sie sich unserer Sache anschliessen, denn wenn ich sie auf der Gefühlsebene abhole, kann ich manipulieren.

A: Manipulieren? Das sehe ich aber anders, wir machen doch keine «Werbefilme». Wir sollten nicht Methoden anwenden, die im Widerspruch zu denen stehen, die wir im revolutionären Kampf anstreben.

B: So formuliert hast du natürlich recht. Aber ich meine nicht falsche Informationen oder Irreführungen, ich meine die emotionale Heranführung an den Inhalt. Das ist für mich Film. Jeder Schnitt, den ich entscheide, der Einsatz von Musik, der Winkel, mit dem ich filme, alles ist Manipulation.

A: Ok, dann würd ich aber nicht von Manipulation sprechen. Klar nehmen wir unser Publikum mit. Oder frei nach Marx: Wir schaffen nicht nur einen Film fürs Publikum, sondern auch ein Publikum für den Film.

**Praktisch gesprochen: Wie nähert ihr euch der Gestalt eures Films?**

A: Ich beginne zu filmen und versuche während des Filmens genau zu verstehen, wer mit welchen Mitteln kämpft. Auf dieser Basis kann ich mir Form und Inhalt des Films erarbeiten. Anfänglich definiere ich Ziele. Der Film entsteht aber beim

Schneiden. Das sind langwierige Prozesse.

B: Das ist spannend. Ich gehe das anders an, vielleicht weil ich vom Spielfilm komme. Ich beginne erst zu filmen, wenn ich für mich selber klar habe, was ich wie vermitteln kann, dafür recherchiere ich im Vorfeld und schreibe eine Dramaturgie. So weiss ich genau welche Bilder ich suche. Darum muss ich schon auch eingreifen. Wenn ich diese oder jene Bilder strategisch gesehen als beste Möglichkeit sehe, den Inhalt zu vermitteln, dann leite ich an. Ich bringe die Handlung in eine Form, die ins Drehbuch passt.

A: Auch im Schnitt kann ich einer Szene einen komplett neuen Charakter, eine andere Bedeutung verleihen. Ich drücke der Szene meinen politischen Inhalt auf und kann das auch noch prima verstecken. Wenn ich nicht instrumentalisieren möchte, muss ich Transparenz schaffen, indem ich meine Arbeit am Film sichtbar mache, oder durch eine formale Differenz eine andere Ebene finden, beispielsweise durch Animationen oder stilistische Brüche.

B: Im Rahmen einer Bewegung kommt schnell das Problem dazu, dass ich eine tragende, emotionale Bindung zu meiner Hauptperson herstellen könnte, aber aus Gründen der Repression und Rücksichtnahme nicht sollte. Ich brauche also Distanz, kann sie nicht so persönlich zeigen, wie ich das gerne würde – dafür brauchen wir gute Lösungen.

A: Über solche Fragen spreche ich mit den Beteiligten. Als Filmemacherin von der Bewegung für die Bewegung werde ich nichts tun, was diese gefährdet. Die subjektiven Erfahrungen sind wichtig, doch möchte ich damit nicht Politik machen.

Beim Filmen greife ich nicht ins Geschehen ein und beim Schneiden muss ich meinen eigenen Blick, den Kamerastandpunkt reflektieren. Dadurch lerne ich viel und komme der politischen Bewegung sehr nahe. Später ist es dann aber wichtig, das Subjektive und das Objektive wieder zusammenzubringen.

**Wieso überhaupt Film und nicht einen Text schreiben, das wäre günstiger und schneller?**

B: Film vermittelt Inhalte emotional zugänglich, involviert.

**Liegt der Wert eines Films also in den Emotionen?**

B: In den Emotionen, die er wecken kann. Empathie zur Hauptperson ist ein üblicher Weg dahin. Es gibt natürlich andere Möglichkeiten, wie z.B. überzeugende Fakten. Ich denke, die Rolle des Films verschiebt sich gerade durch die neuen Medien, dadurch, dass die Leute weniger lesen. Noch vor 10 Jahren hätte ich wohl gesagt, dass Film für mich ein Medium ist, das politische Inhalte emotional zugänglich vermittelt. In der Zwischenzeit denke ich, dass auch Informationen über bewegte Bilder vermittelt werden müssen.

A: Ich glaube, Film kann mehr. Unter anderem kann in der Montage auch Poesie und Dialektik stecken – das lässt uns über das hinausdenken, was gezeigt wird. Das kann auch eine emotionale Erfahrung sein.

B: Die Leute emotional abzuholen funktioniert nur, wenn mich das Bild betrifft oder mir wichtig ist. Wieso soll meine Nachbarin, mit der ich mich ja in einem Kampf gegen Gentrifizierung befinde, ein brennendes Auto gut finden? Das finden möglicherweise nur wir gut. Wir müssen auch aufpassen, dass wir nicht Filme für die Szene machen.

Ist es nicht genau das die Arbeit, das brennende Auto so zu bringen, dass es auch deine Nachbarin gut findet?

**Ist es nicht genau das die Arbeit, das brennende Auto so zu bringen, dass es auch deine Nachbarin gut findet?**

B: Das lässt sich schon machen, aber es gibt auch Leute, die wir nicht erreichen wollen, da ist es ja dann auch gut, wenn die sehen, dass sie nicht gemeint sind. Die Frage ist, wo ziehen wir da die Grenze?

A: Ich will niemandem brennende Autos verkaufen. Anders als bei einem Werbefilm zur Mobilisierung habe ich bei einem dokumentarischen Propagandafilm einen künstlerischen Anspruch. Die Gestaltung muss mit der politischen Überzeugung zusammengebracht werden. Wenn mir das nicht gelingt, lass ich es bleiben. Doch im besten Fall gelingt es mir, etwas von der Komplexität der gesellschaftlichen Verhältnisse und der Kämpfe darzustellen.

**Du sagst, du willst mit Beteiligten diskutieren. Wer entscheidet am Ende?**

A: Natürlich ich, aber es ist auch ein gemeinsamer Prozess, stückweit zumindest. Ich bin als Filmerin auch Teil der Bewegung.

B: Ich habe auch schon Filmprojekte aufgegeben. Die Doppelrolle als Aktivistin und Filmerin kann dir da auch in die Quere kommen, der Spagat ist gross.

A: In welchem Rahmen ist dir das passiert?

B: Ich bin vor einigen Jahren regelmässig nach Calais gefahren und habe dort gefilmt. Das war mit mehreren Problemen verbunden. Einerseits war ich die privilegierte, weisse Aktivistin aus Zürich unter den Sans Papiers, ausserdem traf ich jedes Mal auf andere Personen, so dass es schwierig war, eine kontinuierliche Diskussion zu führen. Ich habe gemerkt, dass ich so nur einen voyeuristischen Dokfilm über die schlimmen Zustände von Calais hinbekomme, das wollte ich als Aktivistin nicht.

A: Das heisst also, dass du nicht verankert warst in der Bewegung und es deshalb nicht möglich war.

B: Genau, ich hätte vor Ort bleiben müssen. Und ich hätte mehr Unterstützung gebraucht. Ausserdem spielte die Skepsis gegenüber der Kamera eine überraschend grosse Rolle. Es ist zwar nicht lange her, aber vor einigen Jahren war diese noch viel grösser. Niemand von uns wäre auf die Idee gekommen, eine Demo zu filmen. Selbst von denen, die uns kennen, wären wir verjagt worden. Heute gehört die Kamera schon fast dazu.

A: Heute haben wir im dokumentarischen Propagandafilm auch die Schwierigkeit, dass die Aktualität nicht rosig ist, die will ich oft gar nicht zeigen. Darin herauszuarbeiten, was die positiven, bestärkenden Momente sind, ist komplex, aber im Film ist es möglich.

**IMPRESSUM Herausgeberinnen:** Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich / Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org / Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org  
**Redaktion (red):** Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafbs), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agafz), Arbeitsgruppe Klassenkampf Basel (agkkbs), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkkz), Arbeitskreis ArbeiterInnenkämpfe (akak), Frauen-Arbeitsgruppe (agf), Frauenkollektiv (fk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agi) **Redaktion und Vertrieb Schweiz:** aufbau, Postfach 8224, 8036 Zürich, PC-Konto 80-33638-5  
 Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

**ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU** **Basel:** Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org  
**Zürich:** Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

**VERKAUFSTELLEN** **Schweiz:** Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Atropa Buchhandlung, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung am Helvetiaplatz, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstrasse 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.